



Bücherei

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

16. Jahrgang · Heft 2

Februar 1964

Blick auf morgen: Schulentlassungen - langfristig gesehen

Grafik des Monats: Berufspendler in Schleswig-Holstein

Aufsätze:

Energieversorgung 1958 - 1962

Güterverkehr auf dem Wasserwege

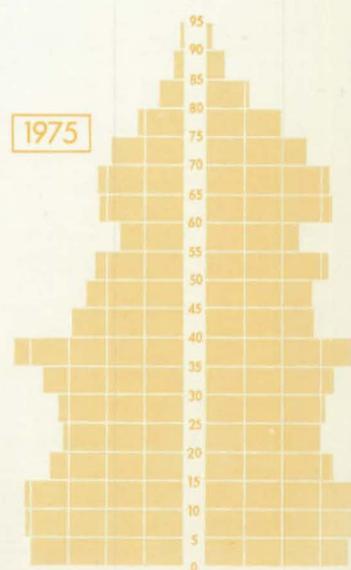
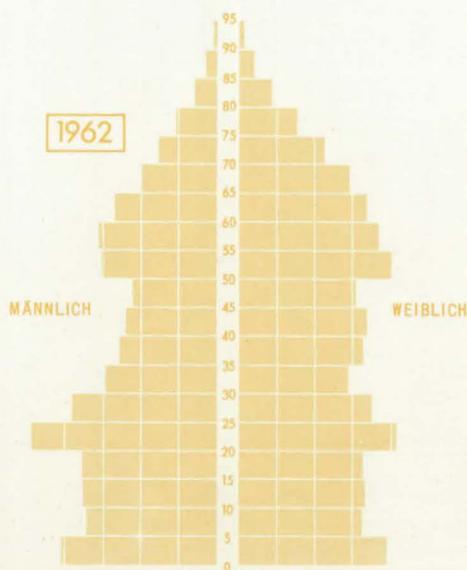
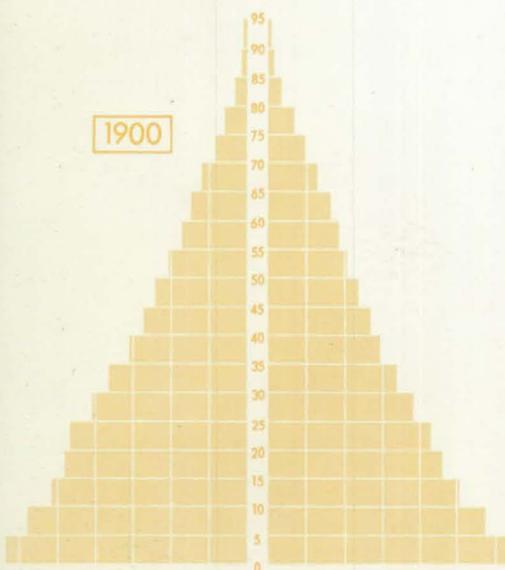
20

Löhne und Gehälter 1961

Lohnentwicklung im Handwerk

Schlachtier- und Fleischbeschau

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1962	1963	Veränderung in %
		Monatsdurchschnitt Juli bis November ¹		
INDUSTRIE				
Produktionsindex ²	1950 = 100	287	304	+ 6
Beschäftigte ³	1 000	177	174	- 1
Umsatz ^{3 4}	Mill. DM	661	703	+ 6
Geleistete Arbeiterstunden ^{3 5}	Mill. Std.	24	24	- 4
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden ⁶	Mill. Std.	11,3	p 11,5	+ 2
Zum Bau genehmigte Wohnungen ⁷	Anzahl	2 674	2 541	- 5
HANDEL				
Ausfuhr	Mill. DM	78,9	97,2	+ 23
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	56,8	68,6	+ 21
Einzelhandelsumsatz	1962 = 100	100	104	+ 4
VERKEHR				
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 525	4 535	+ 0
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950 = 100	92,7	95,5	+ 3
Preise ausgewählter Grundstoffe	1950 = 100	99,9	101,2	+ 1
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte	1950 = 100	103,2	103,7	+ 0
landwirtschaftlicher Produkte ⁸	1950/51 = 100	103,6	106,2	+ 3
Lebenshaltungsindex ⁹				
insgesamt	1958 = 100	108,9	111,7	+ 3
Ernährung	1958 = 100	107,8	109,6	+ 2
GELD UND KREDIT				
Bestand an kurzfristigen Krediten ¹⁰	Mill. DM	1 625	1 745	+ 7
mittel- und langfristigen Krediten ¹¹	Mill. DM	3 851	4 502	+ 17
Spareinlagen ¹²	Mill. DM	1 903	2 207	+ 16
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer ¹³	Mill. DM	46	45	- 3
Landessteuern ¹⁴	Mill. DM	55	63	+ 15
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	21	23	+ 7
Lohnsteuer	Mill. DM	38	45	+ 17

1) bei "Geld und Kredit": Juni bis Oktober 2) Gesamtindustrie mit Energieerzeugung (ohne Bau) 3) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten 4) einschl. Verbrauchssteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 5) einschl. Lehrlingsstunden 6) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 7) in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden (Neubau und Wiederaufbau), ab 1963 einschl. Umbau ganzer Gebäude 8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni 9) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit Lebenshaltungsausgaben von rund 570 DM monatlich nach den Verhältnissen von 1958 10) an die Nichtbankenkundschaft 11) an die Nichtbankenkundschaft; einschl. durchlaufender Kredite 12) Einlagenbestand am Monatsende 13) einschl. Umsatzausgleichsteuer 14) einschl. Landesanteil an den Einkommensteuern



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

16. Jahrgang · Heft 2

Februar 1964

Aktuelle Auslese

BAUINDUSTRIE INVESTIERTE ÜBER 30 MILL. DM



– Vorläufige Ergebnisse aus dem Industriezensus 1963 –

Die industriellen Bauunternehmen Schleswig-Holsteins investierten (brutto) im Jahre 1962 etwa 31 Mill. DM. Das entsprach rund 2 340 DM je Beschäftigten. Die Investitionssumme verteilte sich wie folgt:

Maschinen und maschinelle Anlagen	17,5 Mill. DM
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Fahrzeuge	9,0 Mill. DM
Bebaute Grundstücke	3,7 Mill. DM
Unbebaute Grundstücke	0,6 Mill. DM

Die Investitionen beliefen sich auf etwa 8 % der Jahresbauleistung, die 375 Mill. DM betrug. Von dieser Summe wurden gut 30 % für Löhne und Gehälter sowie 27 % für Baustoffe, Hilfsstoffe und Treibstoffe beansprucht. Für an andere Unternehmer weitervergebene Bauarbeiten wurden 6 % aufgewendet. Somit verblieb den Unternehmen gut ein Drittel des Wertes der Jahresbauleistung zur Deckung weiterer Kosten (Abschreibungen, Zinsen, Betriebssteuern usw.) und als Gewinn.

BAUERGBNIS DES REKORDJAHRES 1962 NICHT GANZ ERREICHT



Das Bauergebnis des Jahres 1963 blieb mit rund 25 600 neuerbauten Wohnungen um 3 % hinter dem des Rekordjahres 1962 mit rund 26 300 Wohnungen zurück. Der Bauüberhang zum Jahresende 1963 wird mit 38 000 Wohnungen geschätzt und liegt wesentlich über dem des Vorjahres (35 500 Wohnungen). Zum Bau genehmigt wurden 1963 29 700 Wohnungen, das sind etwa gleich viele Wohnungen wie 1962.

Im Jahre 1963 gab es in Schleswig-Holstein weniger Straßenverkehrsunfälle, bei denen Personen zu Schaden kamen, und weniger Verunglückte als im Jahre 1962. Es ereigneten sich rund 12 600 Unfälle, bei denen 597 Personen getötet und 16 429 verletzt wurden. Im Vergleich zu 1962 verringerte sich die Zahl der Unfälle um 3 %, die der Getöteten um 7 % und die der Verletzten um 2 %.



STRASSENVERKEHR SUNFÄLLE 1963

Im Jahre 1963 wurden bei den Amtsgerichten in Schleswig-Holstein 110 Insolvenzen registriert gegenüber 92 im Jahre 1962. Die Zahl der Konkurse erhöhte sich 1963 gegenüber 1962 von 88 auf 96 und die der Vergleichsverfahren von 4 auf 14. Von den Konkursverfahren wurden 35 mangels Masse abgelehnt.



ZUNAHME DER ZAHLUNGS- SCHWIERIGKEITEN

Im Wintersemester 1963/64 studierten an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel 5 359 Studenten, und zwar 4 935 Deutsche und 424 Ausländer. Die Studentenzahl hat sich gegenüber dem Wintersemester 1962/63 nur noch geringfügig erhöht (+ 1 %). Die Zahl der Juristen nahm weiterhin ab (- 6 %).

STUDENTEN 1963/64



Das Bauergebnis des Jahres 1963 blieb mit rund 25 600 neuerbauten Wohnungen um 3 % hinter dem des Rekordjahres 1962 mit rund 26 300 Wohnungen zurück. Der Bauüberhang zum Jahresende 1963 wird mit 38 000 Wohnungen geschätzt und liegt wesentlich über dem des Vorjahres (35 500 Wohnungen). Zum Bau genehmigt wurden 1963 29 700 Wohnungen, das sind etwa gleich viele Wohnungen wie 1962.

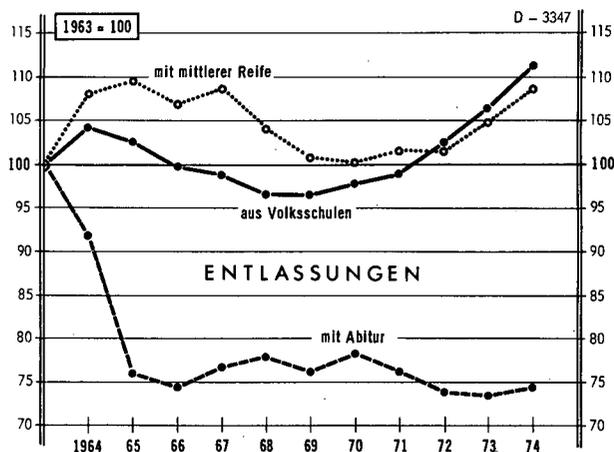
Blick auf morgen

Schulentlassungen

- langfristig gesehen

Ostern 1964 werden in Schleswig-Holstein über 30 000 Jugendliche aus öffentlichen Volks-, Mittel- und höheren Schulen entlassen werden. Trotz steigender Schülerzahlen wird eine so hohe Entlassungszahl voraussichtlich erst wieder in den 70er Jahren zu erwarten sein. Dabei wird sich die Zahl der Entlassungen für die einzelnen Abgangsstufen (Abgänge aus Volksschulen, mit mittlerer Reife, mit Abitur) unterschiedlich entwickeln.

Das nebenstehende Bild zeigt, daß die Zahl der Entlassungen mit mittlerer Reife – dazu gehören alle Schüler mit dem Abschlußzeugnis einer Mittelschule oder eines Aufbauzuges sowie Schüler mit dem Abschluß der Untersekunda eines Gymnasiums – in allen Beobachtungsjahren höher sein wird als Ostern 1963. Damals hat sie rund 6 300 betragen. Diese Entwicklung ist dadurch bedingt, daß die Mittelschüler aus den schwachbesetzten Geburtsjahren um Kriegsende die Schule bereits verlassen haben und daß in den kommenden Jahren Schüler aus etwas geburtenstärkeren Jahrgängen den mittleren Abschluß erreichen werden. Bei den Abiturienten – und nur deswegen sieht die nebenstehende Kurve so beängstigend aus – haben sich die schwachbesetzten Jahrgänge noch nicht durchgeschoben. Ostern 1963 war die Zahl der Abiturienten mit 2 542 recht



hoch. Sie wird aber jetzt rasch absinken, und 1966 wird mit einem "Abituriententief" zu rechnen sein. Dann werden nämlich vor allem die Jugendlichen aus den schwachen Geburtsjahren 1945 bis 1947 das Abitur machen. Bei den Entlassungen aus den Volksschulen – 1963 waren es rund 18 400 Schüler – wird sich in der zweiten Hälfte des laufenden Jahrzehnts ein kleines "Zwischentief" einschleichen, dann nämlich, wenn die Volksschüler aus den Geburtsjahren 1951 bis 1956 "entlassungsreif" werden. Die Zahl der Entlassungen aus Volksschulen wird für einige Jahre unter der von 1963 liegen.

Aus dem Inhalt

Energieversorgung 1958–1962 Seite 28

Der Stromverbrauch Schleswig-Holsteins aus dem öffentlichen Netz ist in den Jahren 1958 bis 1962 um rund 50 % gestiegen. Die verstärkten Anforderungen an die Energieversorgung spiegeln sich sowohl in der Vergrößerung der Erzeugungsanlagen im Lande, als auch in der Erhöhung des Strombezugs aus den benachbarten Bundesländern und Dänemark wider. – Die Aufteilung des Nettostromverbrauchs nach Verbrauchergruppen zeigt, daß zwar die Industrie mit einem Anteil von 38 % im Jahre 1962 nach wie vor der größte Abnehmer der öffentlichen Kraftwerke ist, daß aber die Haushalte in den letzten fünf Jahren ihren Anteil am Gesamtverbrauch von 22 % auf 27 % gesteigert haben. – Hinsichtlich des gesamten Stromverbrauchs je Einwohner stand Schleswig-Holstein im Jahre 1962 mit 1 201 kWh/Jahr ebenso wie beim Verbrauch der Haushalte (765 kWh/Jahr und Haushalt) an viertletzter Stelle unter den Bundesländern und liegt auch unter dem Bundesdurchschnitt von 2 324 kWh/Jahr bzw. 874 kWh/Jahr. – Die Entwicklung der Gaswirtschaft ist seit einigen Jahren durch zwei Merkmale gekennzeichnet: Konzentration der Erzeugerwerke und zunehmende Verwendung flüssiger und gasförmiger Einsatzstoffe an Stelle von Steinkohle. So waren z.B. 1950 in Schleswig-Holstein 23 Erzeugerwerke in Betrieb und Ende 1962 nur noch 15. Der Verbrauch von Steinkohle ist seit 1958 kaum gestiegen, obwohl die Gas-

erzeugung des Landes zugenommen hat. Gleichzeitig hat sich aber die Menge des verarbeiteten Flüssiggases mehr als verdreifacht und die des verarbeiteten Erdölgases mehr als verdoppelt. – Der Gasverbrauch hat im Jahre 1962 mit 249 Mill. m³ einen neuen Höchststand erreicht. An erster Stelle unter den Verbrauchern stehen nach wie vor die Haushalte, auf die über die Hälfte des Gasverbrauchs entfällt.

Güterverkehr auf dem Wasserwege

Seite 36

In den Jahren 1960 bis 1962 hat die beförderte Gütermenge auf dem Wasserwege in Schleswig-Holstein weiter zugenommen. Während im Jahre 1960 11,5 Mill. t Güter transportiert wurden, waren es 1961 bereits 12,3 Mill. t und im Jahre 1962 13,3 Mill. t; das entspricht einer Steigerung im Berichtszeitraum um 15 %. – In den Jahren 1960 bis 1962 waren von der auf dem Wasserwege transportierten Gütermenge etwa 60 % Güter, die aus Häfen außerhalb Schleswig-Holsteins in unserem Land empfangen wurden, etwa 35 % Güter, die nach außerhalb des Landes versandt wurden und etwa 5 % Güter, deren Versand- und Empfangsort innerhalb Schleswig-Holsteins liegen (Binnenverkehr). – Von den 820 000 t, die im Jahre 1962 auf dem Wasserwege

im Binnenverkehr Schleswig-Holsteins befördert wurden, entfiel der größere Teil auf Baustoffe. Auch der Versand nach Hamburg bestand hauptsächlich aus Baumaterialien. Aus Hamburg empfangen wurden vor allem Mineralölzeugnisse, Getreide und Futtermittel. – Mit dem übrigen Bundesgebiet ist die Verkehrs-Verflechtung Schleswig-Holsteins auf dem Wasserwege gering. – Im Verkehr mit dem Ausland wurden 1962 6,9 Mill. t Güter befördert. Der Versand ging fast ausschließlich in das europäische Ausland, und zwar hauptsächlich in das Ostseegebiet. Unter den beförderten Gütern spielt der Empfang von Steinkohle aus dem Ausland eine große Rolle. Vom Versand in das Ausland entfiel ein Drittel auf Kraftstoffe und Heizöl.

Löhne und Gehälter 1961

Seite 40

Die Bruttolohnsumme in Schleswig-Holstein ist in den Jahren 1957 bis 1961 um gut die Hälfte auf 5,1 Mrd. DM gestiegen. Diese Zunahme wurde nicht so sehr durch die Zunahme der Zahl der Lohnsteuerpflichtigen hervorgerufen, die sich gegenüber 1957 um 87 000 auf 861 000 erhöht haben, sondern überwiegend durch die Steigerung der Bruttolöhne und Gehälter. Im Jahre 1961 erhielten die Lohnsteuerpflichtigen einen Bruttolohn von durchschnittlich 5 900 DM gegenüber nur 4 200 DM im Jahre 1957. – Die Besetzung der Bruttolohngruppen hat sich seit 1957 kräftig nach oben verschoben. In den unteren Bruttolohngruppen (unter 6 000 DM) ist eine starke Abnahme der Zahl der Lohnsteuerpflichtigen und in den mittleren ebenso wie in den oberen eine entsprechend hohe Zunahme zu verzeichnen. Nur noch gut die Hälfte der Arbeitnehmer gegenüber acht Zehntel im Jahre 1957 weist einen jährlichen Bruttolohn unter 6 000 DM nach. – Die für den Arbeitnehmer günstige Arbeitsmarktlage hatte zur Folge, daß die Zahl der nicht ständig Beschäftigten weiterhin rückläufig war. Während die Zahl der ganzjährig Beschäftigten um 130 000 oder fast ein Viertel zunahm, hat die der nicht ganzjährig Beschäftigten um 43 000, das ist ebenfalls beinahe ein Viertel, abgenommen. – Wie im Jahre 1957 waren zwei Drittel der Lohnsteuerpflichtigen Männer, sie verdienten wiederum beinahe vier Fünftel der gesamten Bruttolohnsumme. Die Zuwachsraten lagen allerdings bei den Frauen sowohl der Zahl als auch dem Bruttolohn nach etwas höher. – Von den 861 000 erfaßten Lohnsteuerpflichtigen waren 567 000 steuerbelastet und 294 000 nicht; jeder dritte Steuerpflichtige zahlte also keine Lohnsteuer. – 238 000 Lohnsteuerpflichtige konnten einen zusätzlich steuerfreien Betrag in Anspruch nehmen und dadurch ihre steuerliche Belastung teilweise wesentlich vermindern. Im Durchschnitt konnten die Steuerpflichtigen mit zusätzlichen steuerfreien Abzugsbeträgen 1961 einen Betrag von 1 050 DM absetzen, ehe die Steuertabelle angewendet wurde; 1957 waren es nur 850 DM gewesen. – Bei mehr als der Hälfte aller Lohnsteuerpflichtigen, nämlich 495 000, wurde nach Abschluß des Jahres ein Lohnsteuerjahresausgleich durchgeführt. Ihnen wurden 65 Mill. DM oder ein Viertel ihrer im Laufe des Jahres gezahlten Lohnsteuer zurückgezahlt. – Über ein Drittel der Lohnsteuerpflichtigen hatte seinen Wohnsitz in den vier kreisfreien Städten, der Anteil der Stadtkreise an der Gesamtbevölkerung machte jedoch nur knapp drei Zehntel aus. In den

Landkreisen ist das Verhältnis entsprechend umgekehrt, nur in den Kreisen Hztg. Lauenburg, Pinneberg und Stormarn herrscht ein den Stadtkreisen ähnliches Bild.

Lohnentwicklung im Handwerk Seite 46

Fast acht Zehntel aller Arbeiter in den neun Handwerkszweigen, die zur laufenden Lohnerhebung im Handwerk beitragen, waren im November 1962 Vollgesellen. Ein Vergleich der Brutto-Stundenlöhne dieser Vollgesellen zeigt, daß in Schleswig-Holstein im Durchschnitt etwas weniger verdient wurde als im Bundesgebiet. Im Bundesgebiet lag das Stundenlohniveau im November 1957 bei 2,20 DM und im November 1962 bei 3,45 DM; in Schleswig-Holstein nur bei 2,15 DM und bei 3,38 DM. – Um den Durchschnitts-Bruttostundenlohn Schleswig-Holsteins im November 1962 von 3,38 DM gruppierten sich die Löhne in den einzelnen Handwerkszweigen wie folgt: am tiefsten unter dem Durchschnitt lagen die Löhne der Vollgesellen in der Herrenschneiderei mit 2,37 DM. Der Abstand zum nächsten unterdurchschnittlich bezahlten Handwerkszweig, dem Bäckerhandwerk, mit 3,15 DM ist groß. Unterdurchschnittlich bezahlt waren ferner die Kraftfahrzeughandwerker und die Elektroinstallateure. Über dem Durchschnitt lagen die Schlosser-, Maler-, Fleischer-, Klempner- und die Tischlerlöhne. – Die Zahl der bezahlten Stunden fiel in Schleswig-Holstein von November 1957 bis November 1962 von wöchentlich 48,0 auf 45,9.

Schlacht tier- und Fleischbeschau

Seite 48

Bei den Schlachtrindern hat der Anteil der Beanstandungen an allen Schlachtungen im Jahre 1960 18 ‰ betragen. Mit Inkrafttreten der neuen Verordnung über die Schlacht tier- und Fleischuntersuchungen vom 25. März 1961 stieg dann die Zahl der Beanstandungen auf 33 ‰ aller Rinderschlachtungen im Jahre 1962. Sehr stark nahmen die Zahl und der Anteil der wegen Finnenbefalls beanstandeten Tiere zu. 1 483 Schlachtrinder wurden 1962 als untauglich beurteilt; das sind 6 von 1 000 geschlachteten Tieren. – Von tausend geschlachteten Kälbern wurden 1950 nur 14, 1962 jedoch 96 Stück beanstandet; für untauglich wurden 1950 lediglich 7, 1962 aber 72 Kälber erklärt. – Die Beanstandungen bei den Schlachtschweinen hielten sich relativ gering. Von tausend geschlachteten Schweinen wurden 1961 wie 1962 nur 6 beanstandet. – 1962 wurden 28 700 Rinder, Kälber und Schweine bakteriologisch untersucht. Von tausend Schlachttieren waren es bei den Rindern 36, bei den Kälbern 183 und bei den Schweinen 7 Tiere. Der größte Teil der bakteriologisch untersuchten Schlachttiere konnte als tauglich für den menschlichen Verzehr freigegeben werden, 76 % bis 84 % bei den drei Tierarten. – Häufig sind nicht die ganzen Tierkörper, sondern nur einzelne Organe – vor allem Lunge, Leber und Darm – mit Krankheiten oder Mängeln behaftet. Während 1950 bei den Organen von Rindern und Schweinen die Tuberkulose der weitaus häufigste Beanstandungsgrund war, sind 1962 nur noch in wenigen Fällen Organe wegen Tbc beanstandet worden.

Die Energieversorgung Schleswig-Holsteins 1958-1962

Teil 1: Strom

In den letzten fünf Jahren ist der Stromverbrauch aus dem öffentlichen Netz im Zusammenhang mit der Wirtschaftsentwicklung und der besseren Lebenshaltung der Bevölkerung um rund 50% gestiegen. Die verstärkten Anforderungen an die Energieversorgung spiegeln sich sowohl in der Vergrößerung der Erzeugungsanlagen im Lande, als auch in der Erhöhung des Strombezuges aus den benachbarten Bundesländern und Dänemark wider.

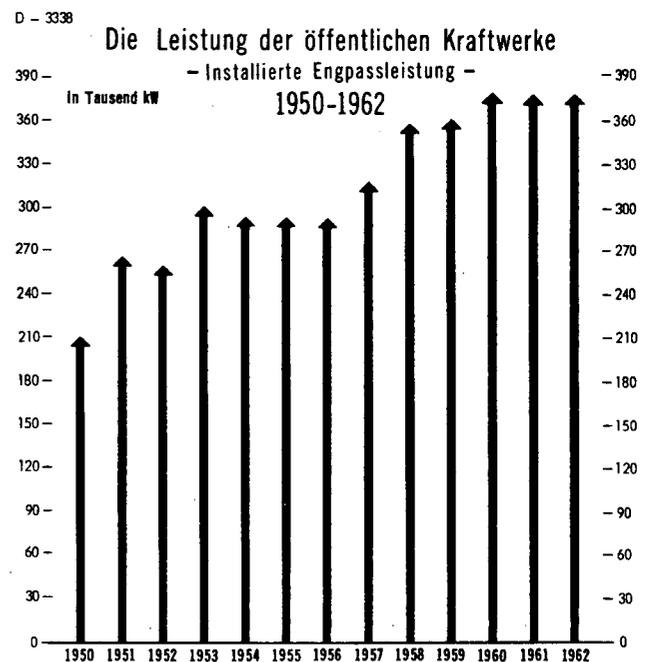
Von den Kraftwerksneubauten und -erweiterungen der letzten Jahre ist besonders der 40 MW-Turbosatz der Stadtwerke Kiel zu erwähnen (1 MW = 1 000 Watt). Die Kraftwerksleistung im Raume Lübeck soll durch Aufstellung einer 125 MW-Maschine im Werk Lübeck-Siems und einer 64 MW-Maschine im Werk Herrenwyk auf mehr als das Doppelte der vorhandenen Leistung vergrößert werden. Die letztgenannten Anlagen sind zur Zeit noch im Bau. - Im Hinblick auf den dauernden Stromverbund zwischen Schleswig-Holstein und seinen Nachbarländern ist auch der Ausbau des in Niedersachsen liegenden, der Nordwestdeutsche Kraftwerke AG gehörenden Werkes Stader-Sand für die Stromversorgung unseres Landes von Bedeutung. Hier wurden zwei 125 MW-Sätze bereits in Betrieb genommen, denen ein dritter gleicher Leistung im Frühjahr 1964 und später ein vierter von 250 MW folgen soll. - Ebenso bedeutsam ist der im Lande gelegene Kraftwerksneubau der Hamburger Elektrizitätswerke AG in Wedel, dessen Endleistung nach völliger Fertigstellung 600 MW betragen wird. Daneben kündigt sich schon ein weiteres Projekt in Brunsbüttelkoog mit einer Leistung von voraussichtlich 1 000 MW an.

In dem Bestreben, die Energieversorgung unseres Landes möglichst weitgehend zu sichern, wird u.a. auch die Errichtung eines Atomkraftwerkes erwogen. Hierbei spielen die geografischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten Schleswig-Holsteins eine besondere Rolle.

Das starke Anwachsen des Stromverbrauches machte auch eine Reihe von Leitungsneubauten notwendig, von denen die folgenden erwähnenswert sind: die im Jahre 1959 fertiggestellte 110 kV-Leitung Itzehoe-Rendsburg-Audorf; eine 220 kV-Doppelleitung, die vom Werk Stader-Sand in 220 m Höhe über die Elbe nach dem neuen Umspannwerk Hennstedt (Kreis Pinneberg) und von hier über Audorf-Flensburg nach Dänemark führt; eine 110 kV-Leitung von Audorf nach Husum zur Verbesserung der Stromversorgung an der Westküste. Vom Kraft-

werk Wedel ist eine Leitung über Hamburg-West nach Friedrichsgabe im Bau. Von hier aus geht eine 380 kV-Leitung (die erste ihrer Art in Norddeutschland, die allerdings zunächst noch mit 110 kV betrieben wird) über Hamburg-Ost nach Hamburg-Süd.

Einen Eindruck von der Entwicklung der Leistung der Kraftwerke Schleswig-Holsteins gibt das erste Bild. Danach ist die installierte Engpassleistung¹ im Zuge des Wiederaufbaues von 1950 - 1958 um 71% auf 357 MW, in den darauffolgenden fünf Jahren jedoch nur um 5% auf 377 MW (Stand: Ende 1962) gewachsen. Die verhältnismäßig geringe Zunahme der Kraftwerkskapazität in dem zuletzt genannten Zeitabschnitt erklärt sich daraus, daß sich bei der Stromversorgung im Verbund sowohl der Einsatz bestehender als auch der Neubau zusätzlicher Kraftwerke nur nach gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten richtet, für die die Ländergrenzen keine ausschlaggebende Rolle spielen.



Die Jahresausnutzungsdauer der öffentlichen Kraftwerke, die sich aus der Bruttoerzeugung und der am Jahresende insgesamt vorhandenen Engpassleistung ergibt, betrug im Jahre 1958 rund 3 690 Stunden und hat sich in den folgenden Jahren - abgesehen von einer

1) "Installierte Engpassleistung" ist die maximale Dauerleistung eines Kraftwerkes (ohne Überlastung), die sich aus dem engsten Querschnitt der Anlagenteile (Kessel, Maschinensätze, Transformatoren oder Kühlanlagen) ergibt

Spitze (4 160 Stunden) im Jahre 1960 - kaum verändert; sie blieb 1962 mit 3 630 Stunden nur wenig unter der von 1958. Beim Vergleich mit der Bundesrepublik darf dem genannten Wert jedoch nicht die Ausnutzungsdauer aller öffentlichen Kraftwerke des Bundesgebietes gegenüber gestellt werden, sondern nur der für die Steinkohlenkraftwerke, weil im Bund 37% des erzeugten Stromes von den Laufwasser-, von Braunkohlen- und von Torfkraftwerken (die eine Ausnutzungsdauer von über 6 000 Stunden haben) geliefert werden; in Schleswig-Holstein aber noch nicht einmal 1% auf Wasserkraft entfällt und Braunkohlen- und Torfkraftwerke überhaupt nicht vorkommen. Die mit Steinkohle arbeitenden Kraftwerke des Bundesgebietes hatten 1962 eine Ausnutzungsdauer von 3 977 Stunden.

Brennstoffverbrauch der öffentlichen Kraftwerke

	1958	1959	1960	1961	1962
Steinkohle 1000 t	578	563	647	578	590
Heizöl 1000 t	5	17	32	24	28
Gas Mill. cbm	352	212	347	375	240

Der Verbrauch an Steinkohle, der im Jahre 1958 578 000 t betrug, ist bis 1962 nur geringfügig (+ 2%) auf 590 000 t gestiegen. Dem steht eine Zunahme des Heizölverbrauches von 5 000 t auf 28 000 t, was mehr als eine Verfünfachung bedeutet, gegenüber. Gleichzeitig ist der Gasverbrauch um ein Drittel zurückgegangen. Auch bei den öffentlichen Kraftwerken besteht also - ebenso wie in der Industrie und im Gewerbe - die Tendenz, Steinkohle durch Heizöl zu ersetzen, wenn auch der Anteil des durch Heizöl erzeugten Stromes zur Zeit noch unbedeutend ist. Der Anteil des aus Steinkohle erzeugten Stromes stieg von 89% (1961) auf 91% im Jahre 1962. Diese Zunahme ist auf den verhältnismäßig starken Rückgang des aus Gas erzeugten Stromes zurückzuführen.

Die Bruttoerzeugung der öffentlichen Kraftwerke schwankte in den letzten fünf Jahren ziemlich stark. Sie erreichte im Jahre 1960 zwar mit 1 573 GWh² einen neuen Höchstwert, lag aber 1961 12% darunter und betrug auch 1962 nur 1 369 GWh, was abermals eine Abnahme gegenüber dem Vorjahre, und zwar um 1% bedeutet. Diese Entwicklung hat dieselben Ursachen, die bereits oben bei der Erklärung der verhältnismäßig geringen Kapazitätzunahme in Schleswig-Holstein dargelegt wurden. (Einsatz und Ausbau der Kraftwerke auch über Ländergrenzen hinweg, nur nach gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten.)

2) 1 GWh (Gigawattstunde) = 1 Million kWh

Stromerzeugung der öffentlichen Kraftwerke

Jahr	Bruttoerzeugung in GWh	Veränderung gegen Vorjahr in %	Produktions- index (1950 = 100)
1958	1 319	+ 4	168
1959	1 330	+ 1	169
1960	1 573	+ 18	199
1961	1 388	- 12	176
1962	1 369	- 1	174

Im Gegensatz zur Erzeugung nahm der Strombezug in Schleswig-Holstein auch in den letzten Jahren kräftig zu. Er wuchs auf 1 340 GWh an, das ist das Zweieinhalbfache des Jahres 1958. Unter Berücksichtigung der jeweiligen Stromabgaben an andere Länder im Jahre 1962 ergibt das den bisher höchsten Nettobezug³, nämlich 1 289 GWh.

Nettostrombezug des öffentlichen Netzes

	Aus Hamburg	Aus Nieder- sachsen	Aus Dänemark	Von der Industrie	Summe
1958 GWh	351	87	52	3	493
1959 "	400	144	60	10	614
1960 "	426	134	71	6	637
1961 "	627	339	59	5	1 030
1962 "	671	465	150	7	1 291
" %	52	36	12	0	100
Veränd. gegen 1958 in GWh	+ 91	+ 434	+ 189	+ 134	+ 162

Über die Hälfte des Nettostrombezuges entfiel im Jahre 1962 auf Hamburg, während auf Niedersachsen 36%, auf Dänemark 12% kamen. Die von der Industrie an das Netz abgegebenen Mengen (7 GWh = 0%) sind demgegenüber unerheblich.

Die Stromabgaben - an Hamburg, Niedersachsen und Dänemark - blieben nur gering; es handelt sich hierbei vielfach nur um Durchleitungen, die aus betriebstechnischen Gründen notwendig werden und für die Versorgung des Landes keine Bedeutung haben; von Interesse ist nur der Nettobezug und sein Anteil am Bruttostromverbrauch.

Der Nettostrombezug und sein Anteil am Verbrauch

	1958	1959	1960	1961	1962
Nettobezug in GWh	493	614	637	1 030	1 291
In % des Brutto-Verbrauches	29	33	30	44	50

3) Bruttoerzeugung minus Eigenverbrauch der Kraftwerke = Netto- (Nutzbare) Erzeugung
Strombezug aus andern Ländern und von der Industrie minus Abgabe an andere Länder = Netto-Bezug
Netto-Erzeugung + Netto-Bezug = Netto-Einspeisung ins Netz = Brutto-Stromverbrauch
Brutto-Stromverbrauch minus Übertragungsverluste = Nutzbarer Stromabgabe = Netto-Stromverbrauch

Der Bruttostromverbrauch aus dem öffentlichen Netz ist in Schleswig-Holstein seit 1950 ohne Unterbrechung gestiegen und hat im Jahre 1962 mit 2 560 GWh - das sind nicht ganz 3% des gesamten Verbrauches im Bundesgebiet - den bisher höchsten Wert erreicht. Das bedeutet gegenüber 1958 eine Zunahme um rund 50%, gegenüber 1950 eine Verdreifachung.

Brutto-Stromverbrauch aus dem öffentlichen Netz

Jahr	GWh	Steigerung in % gegenüber dem Vorjahr		Meßziffern für Schleswig-Holstein	
		Schleswig-Holstein	Bund	1938=100	1950=100
1958	1 722	+ 12	+ 6	560	208
1959	1 853	+ 7	+ 10	601	222
1960	2 105	+ 14	+ 12	653	252
1961	2 319	+ 10	+ 8	754	278
1962	2 560	+ 10	+ 9	832	307

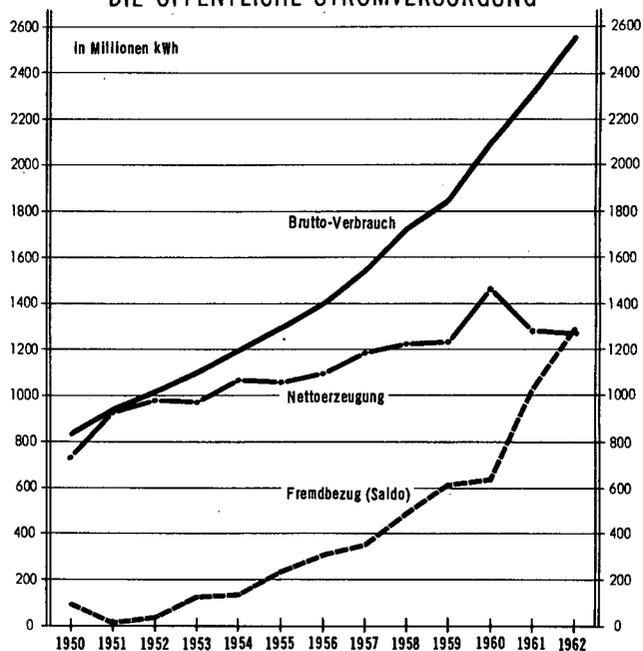
Die Zuwachsrate betrug im Durchschnitt der letzten fünf Jahre rund 10% (im Bund 9%). - Der Stromanteil (Nettoerzeugung), den die öffentlichen Kraftwerke Schleswig-Holsteins zum Gesamtverbrauch beitrugen, ist von 71% im Jahre 1958 auf 50% im Jahre 1962 abgesunken.

Wenn man vom Bruttostromverbrauch die Übertragungsverluste - sie sind seit 1958 von 12% auf 10% der Nettoerzeugung zurückgegangen - abzieht, erhält man die nutzbare Stromabgabe, die dem Nettostromverbrauch entspricht. Er erreichte im Jahre 1962 2 307 GWh, einen Wert, der um 53% über dem von 1958 lag.

Die Aufteilung des Nettostromverbrauches nach Verbrauchergruppen zeigt, daß zwar die Industrie mit einem Anteil von 38% im Jahre 1962 nach wie vor der größte Abnehmer der öffentlichen Kraftwerke ist, daß aber die Haushalte in den letzten fünf Jahren ihren Verbrauch um 89% und damit ihren Anteil am Gesamtverbrauch von 22 auf 27% gesteigert haben. Die Zunahme bei der Industrie war mit 40% noch nicht halb so hoch, so daß ihr Anteil am Gesamtverbrauch

D - 3339

DIE ÖFFENTLICHE STROMVERSORGUNG



seit 1958 von 41 auf die erwähnten 38% sank. Der starke Anstieg des Haushaltsverbrauches überrascht nicht, wenn man an die noch immer zunehmende Verbreitung der elektrischen Geräte jeder Art denkt: Waschmaschinen, elektrische Herde und Heizgeräte, kleinere Küchengeräte, ganz zu schweigen von Rundfunk- und Fernsehapparaten mit ihrem zusätzlichen Licht- und Heizstromverbrauch. Allein die Zahl der Rundfunkapparate (ohne die in Kraftfahrzeugen) ist in Schleswig-Holstein seit 1958 um 8% auf 716 000 gestiegen, die der Fernsehgeräte hat sich im gleichen Zeitraum vervierfacht und betrug 1962 322 000. - Die Anteile der übrigen Verbrauchergruppen sind zwar seit 1958 unverändert geblieben oder unbedeutend gesunken, dennoch stieg aber ihr absoluter Verbrauch zum Teil nicht unerheblich, z. B. die Gruppe Handel/Gewerbe um 56%; auch die Gruppe Landwirtschaft wies eine Steigerung um 42% auf.

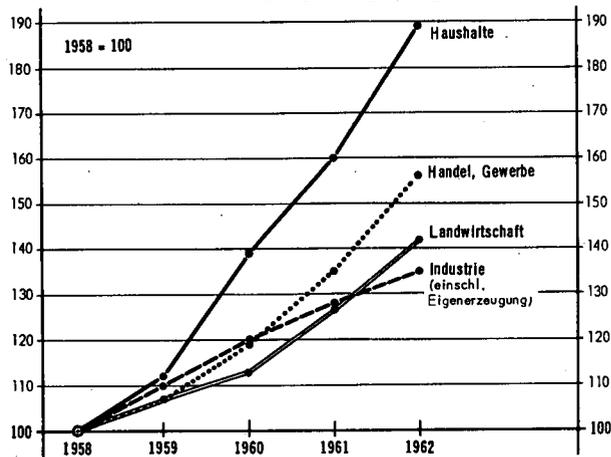
Interessante Aufschlüsse geben die Zahlen des spezifischen Stromverbrauches der

Der Netto-Stromverbrauch nach Verbrauchergruppen 1958 - 1962 in GWh

	1958		1959		1960		1961		1962		Zunahme gegenüber 1958 in %
	absolut	%									
Industrie ¹	624	41	679	41	774	41	835	40	876	38	40
Haushalte	327	22	365	22	454	24	523	25	617	27	89
Handel/Gewerbe	252	17	269	16	301	16	340	16	393	17	56
Landwirtschaft	136	9	145	9	153	8	172	8	192	8	41
Öffentliche Einrichtungen und ausländische Streitkräfte	132	9	144	9	164	9	177	9	185	8	40
Verkehr	43	3	45	3	40	2	42	2	45	2	5

1) ohne Verbrauch aus eigenen Stromerzeugungsanlagen

DER STROMVERBRAUCH NACH VERBRAUCHERGRUPPEN



Industrie (z. B. kWh/Arbeiterstunde oder je Beschäftigten), der Landwirtschaft (kWh/ha LN) und der Stromverbrauch je Haushalt.

Der spezifische Stromverbrauch der Industrie wird in einem besonderen Aufsatz behandelt werden. An dieser Stelle sei daher nur erwähnt, daß der Verbrauch je Arbeiterstunde seit 1958 um 35% auf 3,9 kWh und der Verbrauch je Beschäftigten um 25% auf 6 470 kWh gestiegen ist. (Diesen Zahlen wurde der gesamte Stromverbrauch der Industrie, also auch der aus der Eigenerzeugung, zugrunde gelegt.)

Jährlicher Stromverbrauch je ha ldw. Nutzfläche in kWh¹

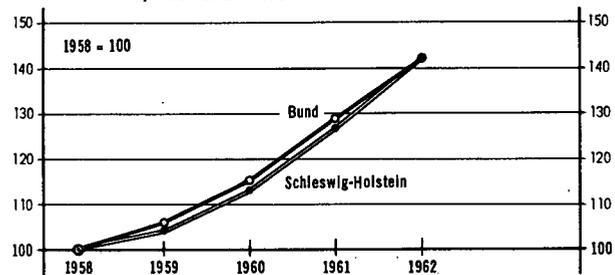
	1958	1959	1960	1961	1962	Zunahme gegenüber 1958 in %
Schleswig-Holstein	114	119	129	145	162	42
Hamburg	121	113	159	199	244	102
Niedersachsen	114	127	136	158	174	53
Bremen	109	127	145	165	197	81
Nordrhein-Westfalen	159	173	193	220	243	53
Hessen	121	121	132	149	164	36
Rheinland-Pfalz	121	129	141	155	172	42
Baden-Württemberg	163	156	156	158	178	9
Bayern	83	93	105	116	127	53
Saarland	.	.	60	82	89	.
Bundesgebiet	119	126	137	153	169	42

¹⁾ entnommen der Zeitschrift "Die Elektrizitätswirtschaft im Bundesgebiet", Jg. 62 (1963) Heft 14

Die Entwicklung des jährlichen Stromverbrauches je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche (LN) in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet zeigt das obenstehende Bild.

Bei einem Vergleich der Länderwerte fällt ihre große Verschiedenheit auf. Dies rührt in der Hauptsache daher, daß der Verbrauch je ha LN mit zunehmender Betriebsgröße abnimmt, daß also kleine Betriebe einen relativ höheren spezifischen Verbrauch haben, als große. Infolgedessen wird in den Bundesländern, in denen ein großer Teil der landwirtschaftlichen Betriebe

DER STROMVERBRAUCH je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche



weniger als 10 ha LN besitzt und wo dadurch der Anteil der von ihnen bewirtschafteten LN an der gesamten LN des Landes hoch ist, der Stromverbrauch je ha LN ebenfalls hoch sein. So beträgt er z. B. in Rheinland-Pfalz oder Baden-Württemberg, wo der Anteil der Kleinbetriebe 83% bzw. 84% erreicht, also besonders hoch ist, 172 bzw. 178 kWh/ha LN und Jahr, in Schleswig-Holstein dagegen, bei einem Kleinbetriebsanteil von 43%, nur 162 kWh/ha LN. Das Herausragen des Wertes für Nordrhein-Westfalen - 243 kWh/ha LN ist ohne eingehende Untersuchungen nicht zu erklären.

Aber nicht allein die Größe der landwirtschaftlichen Betriebe hat auf den Stromverbrauch Einfluß, sondern auch eine Reihe anderer Faktoren, vor allem der Einsatz von Maschinen und Geräten im jeweils zugehörigen Haushalt, wobei nicht nur die Zahl der betriebenen Maschinen und Geräte, sondern auch der Grad ihrer Ausnutzung eine Rolle spielt. Leider ist der Verbrauch der landwirtschaftlichen Betriebe von dem ihrer zugehörigen Haushalte nicht zu trennen. Eine repräsentative Untersuchung⁴ hat jedoch gezeigt, daß die Höhe des spezifischen Verbrauches (außer von der Betriebsgröße) von der Zahl der vorhandenen elektrischen Haushaltsgeräte stärker beeinflusst wird, als von der Zahl der landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen. Bei der Beurteilung der Stromverbrauchswerte ist aber auch zu beachten, daß der statistische Begriff "landwirtschaftlicher Stromverbrauch" den wirklichen Verhältnissen nicht ganz entspricht, da ein nicht unbeträchtlicher Teil des Stromes, der in landwirtschaftlichen Gebieten zu gewerblichen Zwecken (Mühlen, Meiereien u. dgl.) oder in Landarbeiterhaushalten verwendet wird, unter "Handel und Gewerbe" und unter "Haushalte" erscheint, während er eigentlich dem landwirtschaftlichen Verbrauch zugeordnet werden müßte.

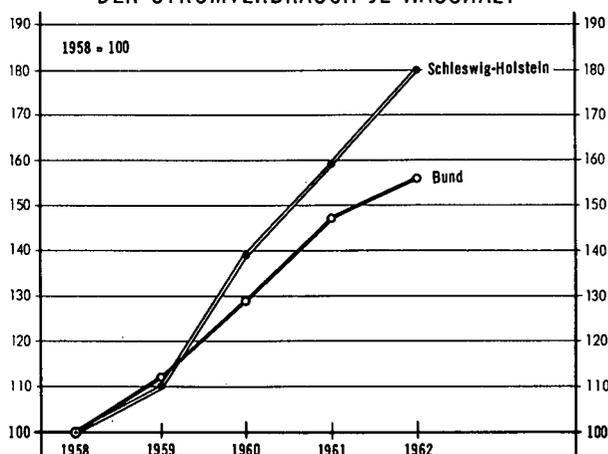
Im Bundesgebiet hat der spezifische Stromverbrauch in der Landwirtschaft in den letzten fünf Jahren um 42% zugenommen, während in den einzelnen Bundesländern die Zuwachsraten zwischen 9% (Baden-Württemberg) und 102%

⁴⁾ "Elektrischer Energieverbrauch und Leistungsbedarf der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein", Dissertation (1960) von W. Krüger

(Hamburg) lagen. Wenn auch - besonders in den Stadtstaaten und den Industriegebieten Nordrhein-Westfalens - ein großer Teil der Zunahme auf den Zuwachs an Geräten in den landwirtschaftlichen Haushalten entfallen dürfte, so ist doch auch die in den letzten Jahren forcierte Technisierung der Landwirtschaft die Ursache für den höheren Stromverbrauch. Vorangetrieben wurde diese Entwicklung besonders durch den Mangel an Arbeitskräften. Seit 1949 ist die Zahl der ständig in der Landwirtschaft Beschäftigten auf fast die Hälfte zurückgegangen (bei gleicher landwirtschaftlicher Nutzfläche). Im gleichen Zeitabschnitt verdoppelte sich die Zahl der eingesetzten Elektromotoren, und die der Melkmaschinen stieg auf fast das 25fache, während die Zahl der Pferde auf ein Viertel zurückging.

D - 3342

DER STROMVERBRAUCH JE HAUSHALT



Was den jährlichen Stromverbrauch je Haushalt anbelangt - er betrug im Jahre 1962 im Bundesgebiet 874 kWh - so weisen auch hier die einzelnen Bundesländer große Unterschiede auf: Hamburg steht mit einem Verbrauch von 1 328 kWh/Haushalt an der Spitze, gefolgt von Bremen mit 1 151 und Nordrhein-Westfalen mit 1 015 kWh. Schleswig-Holstein nimmt zwar mit 765 kWh den viertletzten Platz ein und liegt damit noch unter dem Bundesdurchschnitt, hat aber seit 1958 die größte Zuwachsrate (+ 80%) unter allen Bundesländern. Den niedrigsten Verbrauch wies Bayern mit 626 kWh aus.

Hinsichtlich des Gesamtstromverbrauches je Einwohner stand Schleswig-Holstein im Jahre 1962 mit 1 201 kWh/Jahr ebenso wie beim Verbrauch je Haushalt an viertletzter Stelle unter den Bundesländern und liegt auch unter dem Bundesdurchschnitt von 2 324 kWh.

In den öffentlichen Stromversorgungsunternehmen Schleswig-Holsteins waren 1962 insgesamt 4 912 Personen beschäftigt, was einer

Der Stromverbrauch je Haushalt¹ in kWh

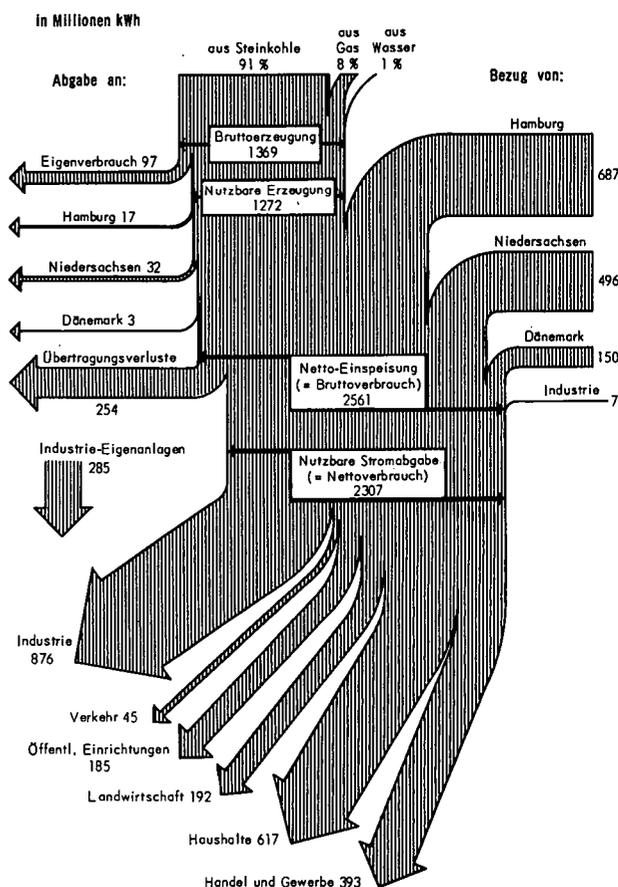
	1958	1959	1960	1961	1962	Zunahme gegenüber 1958 in %
Schleswig-Holstein	425	468	589	676	765	80
Hamburg	936	1 037	1 216	1 277	1 328	42
Niedersachsen	467	533	607	696	760	63
Bremen	708	809	969	1 091	1 151	63
Nordrhein-Westfalen	647	729	851	968	1 015	57
Hessen	577	658	750	860	931	61
Rheinland-Pfalz	510	567	643	701	741	45
Baden-Württemberg	624	668	749	849	877	41
Bayern	375	428	494	575	626	67
Saarland	881	.
Bundesgebiet	560	626	724	822	874	56

1) entnommen der Zeitschrift "Die Elektrizitätswirtschaft im Bundesgebiet", Jg. 62 (1963), Heft 14

Zunahme um 3% gegen das Vorjahr und um 9% gegen 1958 entspricht. Trotz der auch in der Versorgungswirtschaft geltenden verkürzten Arbeitszeit stieg der Stromverbrauch (einschl. Übertragungsverluste) je Beschäftigten seit 1958 um 33% und betrug 1962 in Schleswig-Holstein 521 000 kWh.

D - 3343

DIE STROMBILANZ SCHLESWIG-HOLSTEINS 1962



Teil 2 : Gas

Sowohl in Schleswig-Holstein als auch im gesamten Bundesgebiet ist die Entwicklung der Gaswirtschaft schon seit Beginn der fünfziger Jahre, besonders aber in den letzten fünf Jahren, durch zwei Merkmale gekennzeichnet:

1. die Konzentration der Erzeugerwerke
2. die zunehmende Verwendung flüssiger und gasförmiger Einsatzstoffe an Stelle von Steinkohle.

Die Konzentration der Erzeugerwerke geht wohl in der Hauptsache auf die Notwendigkeit einer durchgreifenden Rationalisierung und Modernisierung der Gaserzeugungsanlagen zurück, da anders ein Wettbewerb mit dem elektrischen Strom und vor allem mit dem Heizöl, das auf dem industriellen und auf dem Haushaltssektor von Jahr zu Jahr mehr Boden gewinnt (siehe unten), kaum Aussicht auf Erfolg hat.

Gasanschlüsse nach Lieferwerken

- Stand: Ende 1962 -

	Erzeuger- Werke	Verteiler- Werke	Mit Gas versorgte Haushalte (1 000)	Zahl der in Betrieb befindlichen Gaszähler (1 000)	Rohrlängen	
					insgesamt km	je Haushalt in m
Kiel	1	7	108	114	948,2	8,8
Lübeck (Metallhüttenwerk)	1	6	86	85	865,6	10,1
Heide	1	1	8	8	158,5	20,3
Itzehoe	1	2	13	13	126,4	9,9
Übrige Ortsgaswerke	11	-	62	64	635,0	10,2
Von Hamburg beliefert	-	12	29	30	344,4	11,7
Hamburger Konzessionsgebiet	-	-	67	48	1 084,0	16,2
Insgesamt 1962	15	28	373	362	4 162,6	11,2
Insgesamt 1957	19	25	359	338	3 648,0	9,4

In welchem Umfange die Konzentrationsbestrebungen bisher verwirklicht wurden, zeigt die Tatsache, daß 1950 in Schleswig-Holstein 23 Erzeugerwerke in Betrieb waren, Ende 1962 jedoch nur noch 15 bestanden. Im gesamten Bundesgebiet ist die Zahl der Erzeugerwerke in diesem Zeitraum von 291 auf 208 (also um nicht ganz 30%) zurückgegangen.

Rohstoffverbrauch bei der Stadtgaserzeugung

	1958	1959	1960	1961	1962	Veränderung gegenüber 1958 in %
Steinkohle (1 000 t)	248	248	255	245	252	+ 2
Kokserzeugung "	198	188	201	198	201	+ 2
Öl "	4,8	4,8	6,0	6,0	3,7	- 23
Flüssiggas "	2,3	3,1	4,8	7,0	10,5	+357
Leichtbenzin "	0,8	1,2	0,8	0,1	0,3	- 62
Erdölgas 1 000 m ³	9,5	12,9	13,5	20,5	21,3	+124

Der Verbrauch von Steinkohle - ebenso wie die Kokserzeugung - ist seit 1958 kaum gestiegen, obwohl die Gaserzeugung des Landes zugenommen hat. Gleichzeitig hat sich aber die Menge des verarbeiteten Flüssiggases mehr als verdreifacht und die des verarbeiteten Erdölgases mehr als verdoppelt. (Auch in der Gaswirtschaft des Bundesgebietes vervielfachte sich die verarbeitete Flüssiggasmenge.) Daß die Verwendung von Erdölgas für Schleswig-Holstein wegen der vorhandenen Erdölvorkommen von großer Bedeutung ist und in der Zukunft

noch weiter an Bedeutung gewinnen wird, bedarf keiner besonderen Erwähnung.

Der Grund für die Abkehr von der Steinkohle liegt in erster Linie darin, daß die Verwendung von Flüssiggas nicht nur betriebliche Vorteile gegenüber der Gaserzeugung aus Kohle hat, sondern auch erheblich billiger ist als diese. Die Steinkohle ist in den letzten Jahren teurer geworden und die Löhne sind allgemein stark gestiegen. Gerade dieser Umstand hat bei der hohen Lohnintensität der Kohlevergasung besondere Bedeutung.

Der Einsatz von Leichtbenzin und Öl für die Stadtgaserzeugung ist in Schleswig-Holstein in den letzten fünf Jahren um 62% bzw. 23% zurückgegangen. Beide Stoffe werden nur von einzelnen Werken verarbeitet und dürften nach und nach durch Flüssiggas ersetzt werden, da dieses preisgünstiger ist.

Die eingangs erwähnte zunehmende Verwendung flüssiger und gasförmiger Einsatzstoffe an Stelle von Steinkohle zeigt sich besonders deutlich an der Art der in den letzten fünf Jahren errichteten, der jetzt im Bau befindlichen und der geplanten Neu- und Umbauten bei den Gaswerken. Man kann aus ihnen die Richtung sehen, in der sich die Gaswirtschaft unseres Landes entwickelt. Von besonderem Interesse sind die folgenden Objekte:

1958 wurde in Elmshorn eine Flüssiggasanlage mit einer Leistung von 15 000 m³/Tag errichtet, in Heide die bestehende Flüssiggasanlage

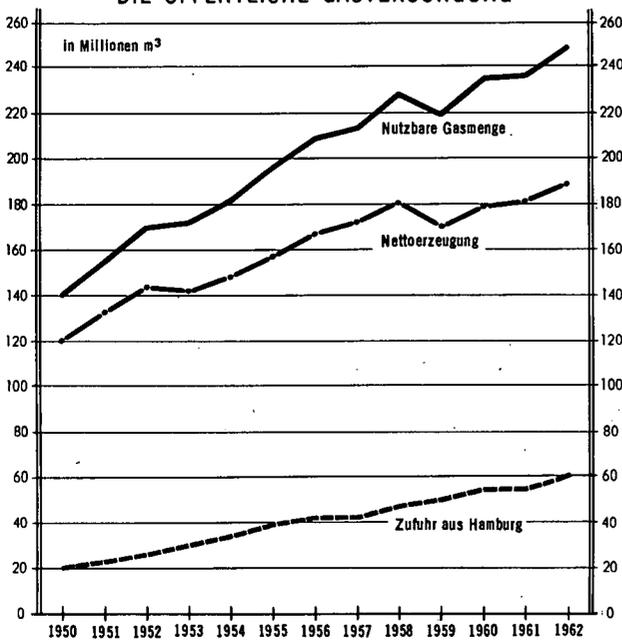
auf 15 000 m³/Tag erweitert und eine neue gleicher Leistung in Betrieb genommen. 1960 ersetzte man in Segeberg eine Steinkohlenanlage durch zwei Flüssiggasanlagen für je 6 000 m³ und errichtete in Husum zwei Anlagen gleicher Art mit je 10 000 m³/Tag. Auch in Kellinghusen wurde die alte Steinkohlenanlage durch zwei 6 000 m³-Flüssiggasanlagen ersetzt und in Flensburg eine solche für 30 000 m³ Leistung in Betrieb genommen (zwei weitere Anlagen gleicher Leistung sind in Planung). - Im Jahre 1963 werden in Itzehoe zwei Butanspaltanlagen für je 30 000 m³, in Westerland zwei für je 15 000 m³ fertig. Schließlich soll bei den Stadtwerken Kiel Anfang 1964 eine Spaltanlage mit Zusatz von Erdölgas für eine Leistung von 460 000 m³/Tag in Betrieb kommen.

Hand in Hand mit der Erweiterung und Umstellung der Erzeugerwerke ist auch der Ausbau des Rohrleitungsnetzes gegangen. Dies zeigt die Zunahme der gesamten Rohrlänge auf 4 163 km (= + 14% seit 1957). Die Leitungslänge je Haushalt ist in dem genannten Zeitabschnitt von 9,4 m auf 11,2 m gestiegen. Die Zahl der mit Gas versorgten Haushalte erreichte 373 000, die Zahl der in Betrieb befindlichen Gaszähler 362 000.

Die Gaserzeugung⁵ Schleswig-Holsteins, die im Jahre 1958 203 Mill. m³ betrug, erreichte zwar 1962 mit 216 Mill. m³ einen neuen Nachkriegshöchstwert, doch war der Zuwachs um 7% (in fünf Jahren) verhältnismäßig gering.

D - 3344

DIE ÖFFENTLICHE GASVERSORGUNG



5) Unter "Gaserzeugung" wird hier die gesamte Gaserzeugung (Brutto) der örtlichen Gaswerke einschließlich der für Unterfeuerung und der für sonstigen Eigenverbrauch benötigten Gasmengen sowie der Leitungsverluste verstanden. Auch das Gas, das die Kokerei des Metallhüttenwerkes Lübeck an die Stadtwerke Lübeck abgibt, wird mit einbezogen, da es sich hier um eine ständige vertragliche Lieferung handelt.

Auch der Gasverbrauch ist in diesem Zeitabschnitt nur um 9% gestiegen. Diese Entwicklung scheint bei der Konjunkturlage der letzten Jahre, bei der steigenden Industrieerzeugung, der Mechanisierung und Technisierung auf allen Gebieten der Wirtschaft eigentlich überraschend. Sie wird aber verständlich, wenn man die von Jahr zu Jahr schärfer werdende Konkurrenz des Heizöles in Betracht zieht, das vor allem auf dem industriellen Sektor im Zusammenhang mit der Rationalisierung eine immer größere Rolle spielt. Davon geben die nachstehenden Zahlen über den Heizölverbrauch der Industrie - er hat in den letzten fünf Jahren um 77% zugenommen - ein Bild.

1958	378	1961	602
1959	488	1962	667
1960	546		

Auch in der Landwirtschaft ist die allenthalben angestrebte Mechanisierung und Rationalisierung wohl meist nicht mit einer Erhöhung des Gasverbrauches verbunden, weil das flache Land wegen finanzieller und anderer Umstände nicht in dem erforderlichen Tempo und Ausmaß mit Gas versorgt werden kann.

Die größte Gaserzeugung des Landes hatte im Jahre 1962 - ebenso wie in den vorhergehenden Jahren - mit 84 Mill. m³ (= 39% der Gesamterzeugung des Landes) das Metallhüttenwerk Lübeck, das die Stadtwerke Lübeck versorgt, doch kamen die Stadtwerke Kiel mit einer Erzeugung von 83 Mill. m³ zum ersten Mal ganz dicht an Lübeck heran.

Der Fremdbezug (einschließlich Lieferung von Hamburg und in das Konzessionsgebiet) ist seit 1958 um 25% auf 64 Mill. m³ gestiegen. Die Zuwachsraten waren in diesem Zeitabschnitt recht unterschiedlich; sie schwankten zwischen - 1% (1961) und + 12% (1958); 1962 betrug sie + 10%. In diesem Jahre wurden 77% des Landesverbrauches im Lande selbst erzeugt (Nettoerzeugung). Dieser Anteil hat sich seit 1958 nur geringfügig verändert.

Die Gasverluste sind, obwohl die Rohrleitungen länger waren als 1958, noch etwas abgesunken (auf 5%), was für gute Wartung und Unterhaltung des Rohrnetzes und der Zähler spricht. Die starken Schwankungen des Postens "Unterfeuerung und Eigenverbrauch" zwischen 7,3 und 15,9 Mill. m³ (3 - 6% der Bruttoerzeugung + Bezug aus Hamburg) hat keine technischen Ursachen, sondern hängt damit zusammen, daß der Gaswerksbetrieb danach gesteuert wird, ob die Nachfrage nach Koks oder nach Gas größer ist. Dem entsprechend "fährt" man dann so, daß entweder möglichst viel Koks oder möglichst viel Gas für die Abgabe verfügbar bleibt.

Der Gasverbrauch (= nutzbare Abgabe) hat im Jahre 1962 mit 249 Mill. m³ einen neuen

Gasversorgung Schleswig-Holsteins

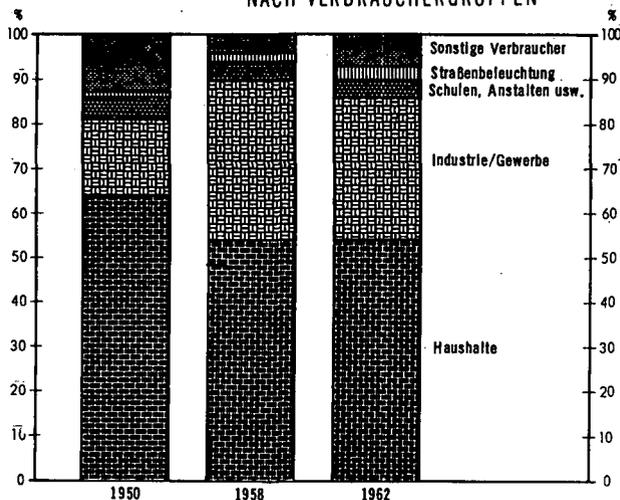
	1958	1959	1960	1961	1962	Veränderung gegenüber 1958 in %
Erzeugung im Lande in Mill. m ³	203,3	188,1	201,8	201,4	216,0	+ 7
darunter Lübeck	87,5	76,0	78,0	78,3	84,2	- 4
Bezug aus Hamburg						
Verteilerwerke und Konzessionsgebiet	51,1	53,1	58,9	58,0	63,7	+ 25
Zusammen (Brutto)	254,4	241,2	260,7	259,4	279,7	+ 10
davon						
Unterfeuerung und anderer Eigenverbrauch	10,9	7,3	13,2	11,5	15,9	+ 46
Verluste	15,1	14,0	13,0	11,8	14,8	+ 2
Nutzbare Abgabe	228,4	220,0	234,5	236,0	249,1	+ 9
Jährliche Zuwachsrate der Bruttoerzeugung in %	+ 2	- 5	+ 7	0	+ 7	-
Index des Bezuges aus Hamburg (1950 = 100)	242	253	280	276	303	-
Verluste in % der Erzeugung	6	6	5	5	5	.
Landeserzeugung (netto) in % des Landesverbrauches (nutzbare Abgabe)	79	77	76	77	76	.

Höchstwert erreicht, der allerdings nur 9% über dem des Jahres 1958 lag.

Eine Aufgliederung des Gasverbrauches nach Verbrauchergruppen zeigt, daß seit 1958 sich zwar die Reihenfolge der einzelnen Gruppen nach der Größe ihres Verbrauches nicht geändert hat, wohl aber die Mengen und die Anteile am Gesamtverbrauch. An erster Stelle unter den Gruppen stehen nach wie vor die Haushalte, auf die - bei einer Zunahme um 11% seit 1958 - über die Hälfte des Gesamtverbrauches entfällt.

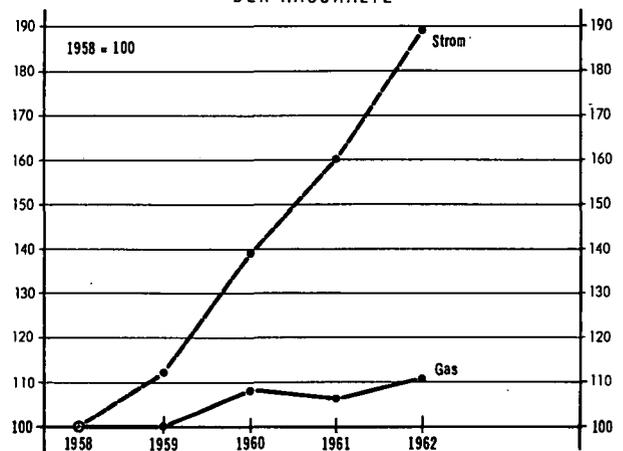
D - 3345

DER GASVERBRAUCH NACH VERBRAUCHERGRUPPEN



D - 3346

DER STROM- UND GASVERBRAUCH DER HAUSHALTE



Interessant ist es, den Gas- und den Stromverbrauch der Haushalte in ihrer Entwicklung während der letzten fünf Jahren miteinander zu vergleichen. Während nämlich der Gasverbrauch in dem genannten Zeitraum um 11% stieg, hat sich der Stromverbrauch um 89% erhöht. Wenn man jedoch die insgesamt gelieferten Wärme-(Energie-)mengen in WE betrachtet, so zeigt sich, daß trotz der starken Zunahme des Stromverbrauches auch im Jahre 1962 die in Form von Gas von den öffentlichen Werken an die Haushalte gelieferten Energiemenge größer war als die in Form von elektrischen Strom ge-

Gasverbrauch nach Verbrauchergruppen

Jahr	Nutzbare Abgabe		Haushalte		Industrie und Gewerbe		Schulen, Krankenhäuser, Hotels usw.		Straßenbeleuchtung		Sonstige Verbraucher	
	Mill. m ³		Mill. m ³	%	Mill. m ³	%	Mill. m ³	%	Mill. m ³	%	Mill. m ³	%
1958	228,4		122,6	54	82,5	36	8,9	4	5,6	2	8,8	4
1959	220,0		122,1	55	72,8	33	9,9	4	6,0	3	9,3	4
1960	234,5		132,1	56	79,4	34	9,0	4	6,1	3	7,9	3
1961	236,0		129,4	55	80,4	34	8,4	4	6,7	3	11,1	5
1962	249,0		136,1	54	80,8	32	9,2	4	6,6	3	16,3	7

Energieverbrauch der Haushalte¹

	1958		1962	
	TWE ²	%-Anteil	TWE	%-Anteil
Gas	515	65	571	52
Strom	281	35	531	48
Insgesamt	796	100	1 102	100

1) Hierin sind weder die von den Haushalten unmittelbar (nicht aus dem Netz) bezogenen Gasmengen wie z.B. Propangas in Flaschen, noch auch die über Fernheizung bezogene Wärme enthalten. Der gesamte Energieverbrauch der Haushalte ist also höher als oben angegeben

2) 1 TWE = 1 Milliarde WE

lieferte; mit andern Worten; 1962 wurde der Energieverbrauch der Haushalte, der um 38% größer war als im Jahre 1958, zu 48% durch elektrischen Strom und zu 52% durch Gas gedeckt.

Den zweiten Platz unter den Verbrauchern nimmt wiederum die Gruppe Industrie und Ge-

werbe ein. Ihr Anteil ist jedoch von 36 auf 32% zurückgegangen und auch der absolute Verbrauch hat um 2% abgenommen. Die Ursache für diese Entwicklung war - wie oben bereits erwähnt - vor allem die wachsende Konkurrenz des Heizöles auf dem Industriesektor.

Die Gruppen "Schulen, Krankenhäuser, Hotels usw." und "Straßenbeleuchtung" wiesen einen Mehrverbrauch von 4 bzw. 18% aus, doch blieb ihr Anteil am Gesamtverbrauch unverändert bzw. nahm nur von 2 auf 3% zu. Den größten Zuwachs absolut (+ 85%) und relativ (von 4 auf 7% Anteil) hatte die Gruppe "Sonstige Verbraucher", die auch Ausländische Streitkräfte, Bundeswehr usw. enthält.

Quellen: Mitteilungen des Wirtschaftsministeriums Schleswig-Holstein. - "Die Entwicklung der Gaswirtschaft im Bundesgebiet 1961" (Herausgeber: Verband der deutschen Gas-Wasserwerke e.V.) Sonderdruck aus GWF "Das Gas- und Wasserfach" 103. Jahrgang (1962), Heft 39 (Gas)

Dipl.-Ing. Erich Hirschbrich

Der Güterverkehr auf dem Wasserwege 1960 bis 1962

In den Jahren 1960 bis 1962 hat die beförderte Gütermenge auf dem Wasserwege in Schleswig-Holstein weiter zugenommen. Während im Jahre 1960 11,53 Mill. t Güter transportiert wurden, waren es 1961 bereits 12,32 Mill. t und im Jahre 1962 13,30 Mill. t. Das entspricht einer Steigerung im Berichtszeitraum um 15%. Das Tempo des Zuwachses hat sich damit wieder verlangsamt, nachdem das Transportvolumen allein von 1959 auf 1960 um 18% gestiegen war.

Die genannten Zahlen enthalten die von in- oder ausländischen Schiffen transportierte Gütermenge, soweit der Empfangs- oder Versandort des beförderten Gutes sich in Schleswig-Holstein befindet. Auf eine getrennte Darstellung der Ergebnisse aus der Seeschiffahrts- und der Binnenschiffahrtsstatistik wurde bewußt verzichtet. Wegen der besonderen geografischen Verhältnisse in Schleswig-Holstein erscheint eine derartige Trennung nicht sinnvoll.

Die obengenannten Zahlen unterstreichen deutlich die hervorragende Bedeutung der Schifffahrt als Transportmittel im Güterverkehr für das Land zwischen Nord- und Ostsee. Da erhebliche Teile des Landes, insbesondere aber fast alle bedeutenden Städte Schleswig-Holsteins, auf dem Wasserwege erreichbar sind, tritt das Transportaufkommen der beiden anderen Hauptverkehrsträger (Eisenbahn und Lastkraftwagen) demgegenüber zurück. Von der Eisenbahn wurden im Jahre 1961 7,98 Mill. t, vom Lastkraftwagen (nur Güterfernverkehr) im Jahre 1960 4,43 Mill. t Güter befördert. Auf dem Wasserwege wurden also in Schleswig-Holstein während

der letzten Jahre etwa genau so viel Güter im Fernverkehr transportiert wie auf der Straße und auf der Schiene zusammen.

Dieser Vergleich bezieht sich nur auf die transportierte Gütermenge. Hiermit ist keine Bewertung über den gesamtwirtschaftlichen Nutzen gegeben, der von den einzelnen Verkehrsträgern erzielt wird. Die Schifffahrt wird in diesem Mengenvergleich insofern erheblich begünstigt, als sie hauptsächlich zum Transport von Massengütern eingesetzt wird. Der gesamtwirtschaftliche Nutzen, der z. B. vom Lastkraftwagen ausgeht, braucht trotz des kleineren Transportaufkommens deswegen nicht geringer zu sein als der der Schifffahrt.

Während des Berichtszeitraumes entfielen von der auf dem Wasserwege transportierten Gütermenge ziemlich gleichmäßig über alle drei Jahre hinweg etwa 60% auf Güter, die aus Häfen außerhalb Schleswig-Holsteins in unserem Lande empfangen wurden, etwa 35% auf Güter, die nach außerhalb des Landes versandt wurden und etwa 5% auf Güter, deren Versand- und Empfangsorte innerhalb Schleswig-Holsteins liegen (Binnenverkehr). Während beim Versand nach außerhalb und beim Empfang von dort (Wechselverkehr) die transportierte Gütermenge gleich dem Güterumschlag ist, sind im Binnenverkehr die Umschlagszahlen doppelt so hoch wie die transportierte Gütermenge.

Nach Verkehrsbeziehungen verteilt sich die auf dem Wasserwege transportierte Gütermenge auf die verschiedensten Richtungen. Man kann

Beförderte Gütermenge auf dem Wasserwege 1960-1962

Verkehrsbeziehung	1960		1961		1962	
	insgesamt in 1 000 t	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	insgesamt in 1 000 t	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	insgesamt in 1 000 t	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Beförderte Gütermenge	11 532	+ 18	12 321	+ 7	13 305	+ 8
davon entfielen auf den						
Empfang aus Häfen außerhalb Schleswig-Holsteins	6 944	+ 19	7 279	+ 5	7 868	+ 8
Versand nach Häfen außerhalb Schleswig-Holsteins	4 061	+ 11	4 361	+ 7	4 617	+ 6
Verkehr innerhalb Schleswig-Holsteins	526	+ 88	681	+ 29	820	+ 20

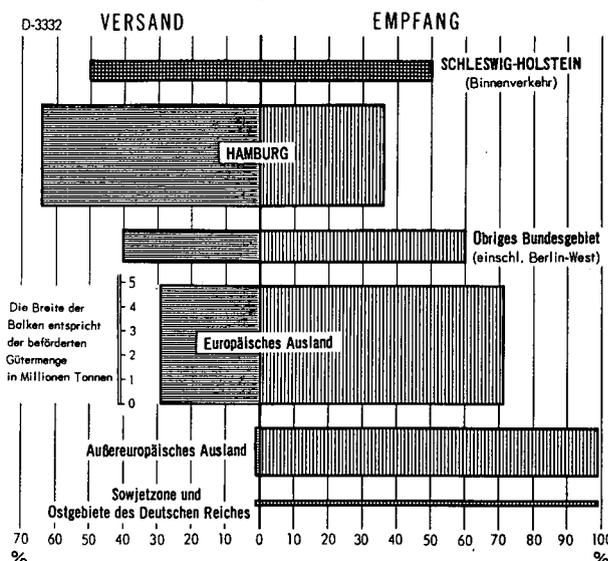
hier vier Gruppen bilden, aus denen sich die Vielzahl der einzelnen Verkehrsströme zusammensetzt, um ein einigermaßen übersichtliches Bild über die verkehrsmäßige Verflechtung Schleswig-Holsteins mit den übrigen Gebieten zu erhalten. Diese vier wichtigen Verkehrsbeziehungen sind; der Verkehr mit dem Ausland, der Verkehr mit Hamburg, der Verkehr mit dem übrigen Bundesgebiet (einschließlich West-Berlin) und der Verkehr innerhalb Schleswig-Holsteins. Je nachdem, ob es sich um versandte oder empfangene Güter handelt, verteilt sich der Güterstrom recht unterschiedlich auf die genannten Verkehrsbeziehungen, sofern es sich nicht um den Verkehr innerhalb Schleswig-Holsteins handelt, bei dem naturgemäß Versand gleich Empfang ist.

Der Wechselverkehr auf dem Wasserwege 1960 und 1962 nach Verkehrsbeziehungen (beförderte Gütermengen in 1 000 t)

Verkehrsbeziehung	1960				1962			
	Versand	%	Empfang	%	Versand	%	Empfang	%
Verkehr mit dem Ausland	1 266	31	4 738	68	1 424	31	5 428	69
Hamburg	2 419	60	1 204	17	2 675	58	1 477	19
dem übrigen Bundesgebiet	370	9	753	11	517	11	790	10
der Sowjetzone und den Ostgebieten des Deutschen Reiches	6	0	250	4	1	0	172	2
Wechselverkehr insges.	4 061	100	6 944	100	4 617	100	7 868	100

Am stärksten ist Schleswig-Holstein, was den Güterverkehr auf dem Wasserwege anbetrifft, mit dem Ausland verbunden. Das erklärt sich aus der geografischen Lage unseres Landes. Sowohl die Nordsee wie auch insbesondere die Ostsee sind verbindende Meere, d.h. sie stellen nur eine Brücke zu anderen Landgebieten dar. Demgegenüber ist der Verkehr auf dem Wasser-

DER GÜTERVERKEHR SCHLESWIG - HOLSTEINS 1962 auf dem Wasserwege nach Verkehrsbeziehungen



wege mit dem übrigen Bundesgebiet recht gering. Eine Ausnahme hiervon macht nur der Verkehr mit Hamburg.

Die im Wechselverkehr beförderten Gütermengen haben seit 1960 verhältnismäßig gleichmäßig zugenommen, wenn man sie nach Verkehrsbeziehungen gliedert, so daß sich ihr Prozentsatz - gemessen am gesamten Versand und gesamten Empfang - nur wenig geändert hat. Dies gilt insbesondere für den Verkehr mit dem Ausland und mit Hamburg. Lediglich der Verkehr mit den Ostgebieten, der im Jahre 1960 schon sehr gering war, ist bis zum Jahre 1962 noch weiter zurückgegangen.

Seit 1962 werden für die Verkehrsstatistik die auf dem Wasserwege beförderten verschiedenen Güterarten nach dem neuen internationalen Güterverzeichnis gegliedert, das insgesamt 175 verschiedene Gütergruppen vorsieht. Damit ist das alte Güterverzeichnis, das nur 125 Gütergruppen umfaßte, abgelöst worden. Leider stimmen nur in wenigen Fällen die Gruppen der alten Systematik mit denen der neuen überein, so daß ein Vergleich der beförderten Gütermengen nach Gütergruppen oder Hauptgruppen während des Berichtszeitraumes durch diesen Bruch sehr erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht wird. Es werden deshalb im folgenden nur die Zahlen aus dem Jahre 1962 nach Gütergruppen dargestellt und besprochen.

Der Binnenverkehr hat, wie aus der ersten Tabelle zu ersehen ist, relativ stark zugenommen. Dennoch ist sein Anteil an der insgesamt beförderten Gütermenge gering; er macht während des Berichtszeitraumes stets etwa nur ein Zwanzigstel des Transportaufkommens auf dem Wasserwege aus. Von den 820 000 t, die im Jahre 1962 befördert wurden, entfiel der überwiegende Teil auf Baumaterialien. Daneben

wurden auch Getreide, Kraftstoffe und Heizöl sowie Düngemittel in erwähnenswertem Umfang befördert.

Der Güterverkehr auf dem Wasserwege 1962
innerhalb Schleswig-Holsteins nach wichtigen Gütergruppen

	1 000 t
Binnenverkehr insgesamt (Versand gleich Empfang)	820
darunter	
Sand, Kies, Bims, Ton	483
Sonstige Steine und Erden	38
Kalk, Zement	68
Glas, Baustoffe und ähnliche min. Halb- und Fertigwaren	46
Kraftstoffe, Heizöl	55
Getreide	65
Düngemittel	22
Futtermittel	6

Von den 4,2 Mill. t Gütern, die im Verkehr mit Hamburg befördert wurden, entfielen 64% auf den Versand dorthin und 36% auf den Empfang. Die Güter, die nach Hamburg versendet werden, sind wiederum hauptsächlich Baumaterialien. Daneben werden unter anderem Mineralölzeugnisse und Getreide nach Hamburg verschifft. Die Güterarten sind also denjenigen ähnlich, die auch überwiegend im Binnenverkehr Schleswig-Holsteins befördert werden. Mengenmäßig ist jedoch der Verkehr mit Hamburg wesentlich umfangreicher als der Verkehr der schleswig-holsteinischen Häfen untereinander. Empfangen werden aus Hamburg vor allem Mineralölzeugnisse, Getreide und Futtermittel.

Eine enge wirtschaftliche Verflechtung, wie sie zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein besteht, bringt stets einen intensiven Güteraus-tausch mit sich, und zwar häufig von Gütern gleicher oder ähnlicher Art in beiden Richtungen. So werden z. B. Mineralölzeugnisse und auch Getreide im Hamburg-Verkehr in erheblichen Mengen von dort empfangen und nach dort geschickt. Der Weg der Baumaterialien geht natürlich einseitig von Schleswig-Holstein nach Hamburg, da diese Rohstoffe hauptsächlich in Schleswig-Holstein im Gebiet des Elbe-Lübeck-Kanals gewonnen und in Hamburg ver-arbeitet oder umgeladen werden.

Der Güterverkehr auf dem Wasserwege mit Hamburg
im Jahre 1962 nach wichtigen Gütergruppen

	1 000 t
Versand insgesamt	2 675
darunter	
Sand, Bims, Kies, Ton	1 843
Sonstige Steine und Erden	94
Kalk, Zement	151
Kraftstoffe, Heizöl	254
Andere Mineralölzeugnisse	112
Getreide	102
Empfang insgesamt	1 477
darunter	
Kraftstoffe, Heizöl	532
Rohes Erdöl	148
Steinkohle	65
Getreide	377
Getreideerzeugnisse	36
Futtermittel	170

In diesem Zusammenhang muß darauf hinge-wiesen werden, daß Empfangs- und Versand-orte in den Güterbewegungsstatistiken sich häu-fig nicht mit den Orten des Verbrauchs oder der Erzeugung der transportierten Güter decken. Der Empfang aus Hamburg z. B. besteht fast ausschließlich aus Gütern, die in anderen Gebieten erzeugt, nach Hamburg transportiert, dort umgeladen und dann nach Schleswig-Hol-stein verschickt wurden (gebrochener Verkehr). Produktions- und Verbrauchsorte werden sta-tistisch nicht erfaßt.

Mit dem übrigen Bundesgebiet (einschl. Berlin-West) ist die verkehrsmäßige Verflechtung Schleswig-Holsteins auf dem Wasserwege recht gering, was einmal auf die Randlage Schleswig-Holsteins innerhalb des deutschen Wirtschafts-raumes zurückzuführen ist, zum zweiten auf die ungünstigen Verbindungswege zu Wasser mit den anderen Bundesländern. Will man z. B. in das rheinisch-westfälische Industriegebiet Güter versenden, so muß man in der Regel ent-weder den Weg über See wählen oder man muß auf den Binnenwasserstraßen zweimal die Zonengrenze überschreiten, also einen erheb-lichen Umweg in Kauf nehmen, um dorthin zu gelangen. Das wirkt sich auf den Schiffsverkehr von und nach Schleswig-Holstein sehr hemmend aus.

Der Güterverkehr auf dem Wasserwege mit dem Bundesgebiet
(ohne Hamburg einschl. Berlin-West)
im Jahre 1962 nach wichtigen Gütergruppen

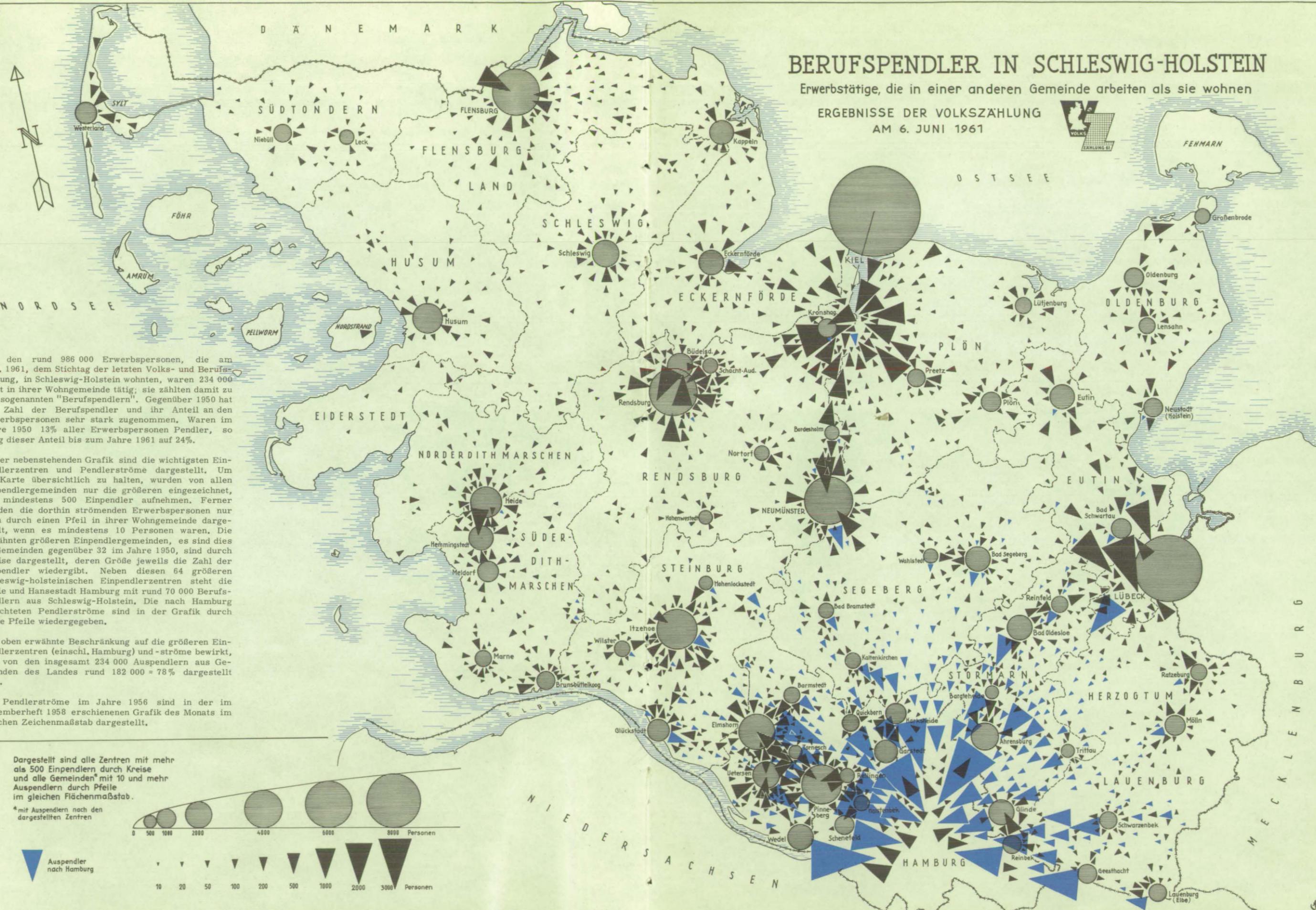
	1 000 t
Versand insgesamt	517
darunter	
Kalk, Zement	196
Sand, Kies, Bims, Ton	27
Kraftstoffe, Heizöl	116
Getreide	78
Schrott	32
Empfang insgesamt	790
darunter	
Steinkohlen	449
Walzwerkserzeugnisse u. ä.	57
Sand, Kies, Bims, Ton	48
Sonstige Steine und Erden	32
Glas, Baustoffe und ähnliche min. Halb- und Fertigwaren	26

Im Verkehr mit dem übrigen Bundesgebiet überwiegt der Empfang den Versand. Etwa 60% der transportierten Gütermenge wurden empfan-gen und 40% wurden versandt. Die Ursache für diesen negativen Saldo, etwa im Vergleich zum Hamburg-Verkehr, ist in dem Empfang einer erheblichen Menge von Steinkohle (449 000 t im Jahre 1962) zu suchen, während der mengen-mäßig größte "Exportartikel" unseres Landes, die Baumaterialien für Gebiete, die räumlich weiter von Schleswig-Holstein entfernt liegen, nicht mehr interessant ist. Neben den Stein-kohlen, die hauptsächlich in Emden für Schles-wig-Holstein verladen werden, sind noch die Walzwerkserzeugnisse oder ähnliche Erzeug-nisse zu nennen, die aus dem Rheingebiet

BERUFSPENDLER IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Erwerbstätige, die in einer anderen Gemeinde arbeiten als sie wohnen

ERGEBNISSE DER VOLKZÄHLUNG
AM 6. JUNI 1961



Von den rund 986 000 Erwerbspersonen, die am 6. 6. 1961, dem Stichtag der letzten Volks- und Berufszählung, in Schleswig-Holstein wohnten, waren 234 000 nicht in ihrer Wohngemeinde tätig; sie zählten damit zu den sogenannten "Berufspendlern". Gegenüber 1950 hat die Zahl der Berufspendler und ihr Anteil an den Erwerbspersonen sehr stark zugenommen. Waren im Jahre 1950 13% aller Erwerbspersonen Pendler, so stieg dieser Anteil bis zum Jahre 1961 auf 24%.

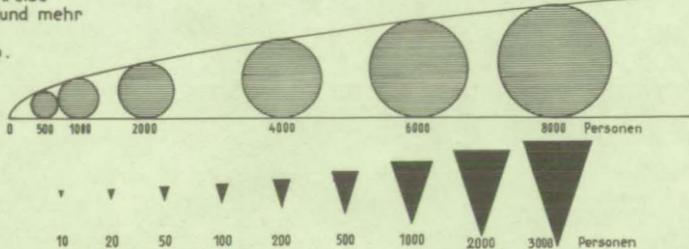
In der nebenstehenden Grafik sind die wichtigsten Einpendlerzentren und Pendlerströme dargestellt. Um die Karte übersichtlich zu halten, wurden von allen Einpendlergemeinden nur die größeren eingezeichnet, die mindestens 500 Einpendler aufnehmen. Ferner wurden die dorthin strömenden Erwerbspersonen nur dann durch einen Pfeil in ihrer Wohngemeinde dargestellt, wenn es mindestens 10 Personen waren. Die erwähnten größeren Einpendlergemeinden, es sind dies 64 Gemeinden gegenüber 32 im Jahre 1950, sind durch Kreise dargestellt, deren Größe jeweils die Zahl der Einpendler wiedergibt. Neben diesen 64 größeren schleswig-holsteinischen Einpendlerzentren steht die Freie und Hansestadt Hamburg mit rund 70 000 Berufspendlern aus Schleswig-Holstein. Die nach Hamburg gerichteten Pendlerströme sind in der Grafik durch blaue Pfeile wiedergegeben.

Die oben erwähnte Beschränkung auf die größeren Einpendlerzentren (einschl. Hamburg) und -ströme bewirkt, daß von den insgesamt 234 000 Auspendlern aus Gemeinden des Landes rund 182 000 = 78% dargestellt sind.

Die Pendlerströme im Jahre 1956 sind in der im Novemberheft 1958 erschienenen Grafik des Monats im gleichen Zeichenmaßstab dargestellt.

Dargestellt sind alle Zentren mit mehr als 500 Einpendlern durch Kreise und alle Gemeinden* mit 10 und mehr Auspendlern durch Pfeile im gleichen Flächenmaßstab.

* mit Auspendlern nach den dargestellten Zentren



Auspendler nach Hamburg

hierher verschifft werden. Der Versand in das übrige Bundesgebiet machte 1962 insgesamt nur 517 000 t aus. Darunter waren überwiegend Kalk, Zement sowie Kraftstoffe und Heizöl.

Im Verkehr mit dem Ausland wurden im Jahre 1962 6,9 Mill. t Güter befördert. Das ist mehr als die Hälfte aller in Schleswig-Holstein auf dem Wasserwege transportierten Güter. 79% davon entfielen auf den Empfang und 21% auf den Versand. Der Versand ging fast ausschließlich in das europäische Ausland, und zwar zum überwiegenden Teil in das Ostseegebiet. Daneben ist der Versand nach Großbritannien und Irland sowie dem übrigen Westeuropa am Kanal und Atlantik zu erwähnen. Auch unter den Gebieten, aus denen Schleswig-Holstein Güter empfangen hat, stehen die Ostseeländer an erster Stelle. Jedoch hat Schleswig-Holstein fast eben so viele Güter wie aus dem Ostseeraum aus dem außereuropäischen Ausland erhalten, und zwar hauptsächlich aus Häfen in Nord- und Südamerika.

Der Güterverkehr auf dem Wasserwege mit dem Ausland
nach Verkehrsbeziehungen 1962

	1 000 t
Versand insgesamt	1 424
davon	
Europäisches Ausland	1 407
darunter	
Ostseegebiet	1 018
Westeuropa am Kanal und Atlantik	121
Großbritannien und Irland	118
Südeuropa am Mittelmeer	92
Außereuropäisches Ausland	16
Empfang insgesamt	5 428
davon	
Europäisches Ausland	3 488
darunter	
Ostseegebiet	1 988
Nordeuropa und Grönland	340
Großbritannien und Irland	348
Westeuropa am Kanal und Atlantik	610
Südeuropa am Mittelmeer	48
Außereuropäisches Ausland	1 939
darunter	
Nordamerika am Atlantik	618

Unter den beförderten Gütern spielt hauptsächlich der Empfang von Steinkohle aus dem Ausland eine große Rolle. Von den 1,2 Mill. t Steinkohlen, die im Jahre 1962 nach Schleswig-Holstein verschifft wurden, kamen nur 663 000 t aus Europa, vornehmlich aus Großbritannien und Westeuropa am Kanal und Atlantik, insbesondere aus den Niederlanden. 570 000 t wurden direkt aus Nordamerika nach hier

versandt. Der Empfang amerikanischer Kohle ist aber wahrscheinlich wesentlich höher. Es ist zu vermuten, daß ein Teil der Kohle, die Schleswig-Holstein aus Europa empfängt, aus Amerika stammt und in westeuropäischen Häfen umgeschlagen wird, bevor sie hierher gelangt.

Der Güterverkehr auf dem Wasserwege mit dem Ausland
im Jahre 1962 nach wichtigen Gütergruppen

	1 000 t
Versand insgesamt	1 424
darunter	
Kraftstoffe, Heizöl	468
Steinkohle	203
Steinsalz, Salinensalz	235
Roheisen, Rohstahl	130
Fahrzeuge	102
Empfang insgesamt	5 428
darunter	
Steinkohle	1 233
Rohes Erdöl	940
Kraftstoffe, Heizöl	449
Eisenerze	415
Sand, Kies, Bims, Ton	193
Sonstige Steine und Erden	917
Holz (außer Grubenholz)	408

Auch das rohe Erdöl kommt zum überwiegenden Teil aus dem außereuropäischen Ausland, und zwar vorwiegend aus Venezuela. Von den 940 000 t, die empfangen wurden, stammen allein 456 000 t dorthier. Daneben kommen erhebliche Mengen aus Algerien und Libyen nach Schleswig-Holstein. Die sonstigen Steine und Erden, von denen Schleswig-Holstein 917 000 t aus dem Ausland empfing, kamen aus Europa, und zwar zu 90% aus dem Ostseegebiet. Folgende Rohstoffe gehören unter anderem zu dieser Gruppe: Schotter und Kieselsteine, Findlinge, Gips, Kreide, Kalksteine, Schwefel, Marmor und Granit.

Vom Versand in das Ausland entfiel ein Drittel auf Kraftstoffe und Heizöl. Daneben wurden Steinkohle, Salze und Roheisen und Rohstahl in größerem Umfange in das Ausland versandt. Zu erwähnen bleibt noch der Fahrzeugversand, der fast ausschließlich in das Ostseegebiet geht. Hochwertige Fertigwarenprodukte werden verhältnismäßig selten auf dem Wasserwege verschickt. Die Fahrzeuge machen hiervon eine Ausnahme; sie sind das einzige Fertigwarenprodukt, das in größeren Mengen in Schleswig-Holstein auf dem Wasserwege befördert wurde.

Dipl.-Volksw. Klaus Scheithauer

Vergleiche auch: "Güterverkehr auf dem Wasserwege 1959" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 148 (Juli)

Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein 1961

Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik 1961

Die anhaltend gute Wirtschaftslage der Bundesrepublik und die damit verbundene Übernachtungsfrage nach Arbeitskräften ließ die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer in den Jahren von 1957 bis 1961 kräftig ansteigen. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme ist in dieser Zeit um die Hälfte auf 134 Mrd. DM gewachsen. Während 1957 in der Bundesrepublik jeder beschäftigte Arbeitnehmer durchschnittlich einen Bruttolohn von 5 000 DM im Jahr erhielt, waren es 1961 schon 6 700 DM. Diese von der Sozialproduktberechnung für das Bundesgebiet aufgezeigte Entwicklung fand auch - wie die Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik zeigen - in Schleswig-Holstein statt. Die gesamte Bruttolohnsumme erhöhte sich in Schleswig-Holstein von 1957 bis 1961 um gut die Hälfte auf 5,1 Mrd. DM. Das Ansteigen der Bruttolohnsumme wurde weniger durch die Zunahme der Zahl der Lohnsteuerpflichtigen hervorgerufen, die sich gegenüber 1957 um 87 000 oder ein Achtel auf 861 000 erhöht haben, sondern überwiegend durch die Steigerung der Bruttolöhne und Gehälter. Im Jahre 1961 erhielten die Lohnsteuerpflichtigen in Schleswig-Holstein einen Bruttolohn von durchschnittlich 5 900 DM gegenüber nur 4 200 DM im Jahre 1957. Gleichlaufend mit dieser Erhöhung des Lohnniveaus stabilisierten sich auch die Beschäftigungsverhältnisse. Der Anteil der nicht ständig Beschäftigten an der Gesamtzahl der Lohnsteuerpflichtigen hat sich in Schleswig-Holstein seit 1957 von einem Viertel auf fast ein Sechstel vermindert. Am deutlichsten wird die Entwicklung bei einem Ver-

gleich der Verteilung der Lohnsteuerpflichtigen auf die Bruttolohngruppen.

Mehr Arbeitnehmer
in höheren Bruttolohngruppen

Die Besetzung der Bruttolohngruppen hat sich seit 1957 kräftig nach oben verschoben. In den unteren Bruttolohngruppen (unter 6 000 DM) ist eine starke Abnahme der Zahl der Lohnsteuerpflichtigen und in den mittleren ebenso wie in den oberen eine entsprechend hohe Zunahme zu verzeichnen. Nur noch gut die Hälfte der Arbeitnehmer gegenüber acht Zehntel im Jahre 1957 weist einen jährlichen Bruttolohn unter 6 000 DM nach. In der untersten Bruttolohngruppe (unter 2 400 DM) nahm die Zahl der Arbeitnehmer am stärksten ab und in den mittleren (6 000 DM bis 9 600 DM) am kräftigsten zu. Eine breitere Streuung der mittleren Lohn Einkommen war die Folge dieser Zunahme. Ein Drittel der Arbeitnehmer an Stelle von gut einem Siebentel hatte 1961 ein mittleres Arbeitseinkommen. In allen Bruttolohngruppen über 7 200 DM hat sich die Zahl der Lohnsteuerpflichtigen mehr als verdoppelt. So erhielten 1961 schon über 6% einen Bruttolohn von über 12 000 DM, während es 1957 nur 2% gewesen waren.

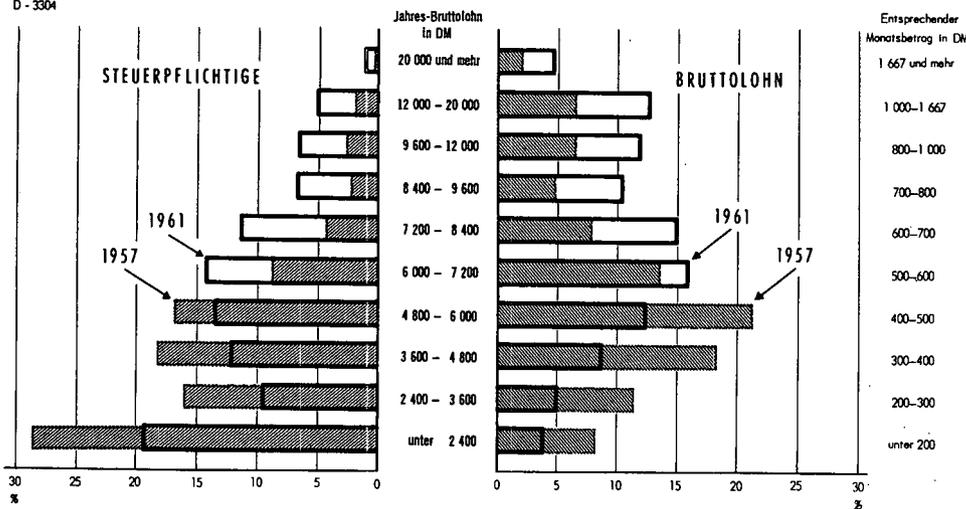
Am häufigsten verdienten 1961 die Lohnsteuerpflichtigen - von der heterogenen unteren Gruppe abgesehen - einen Bruttolohn zwischen 6 000 DM und 7 200 DM. Im Jahre 1957 waren es nur zwischen 3 600 und 4 800 DM gewesen. Daß in der untersten Bruttolohngruppe immer noch so

Die Schichtung der Arbeitseinkommen in den Jahren 1957 und 1961

Bruttolohngruppe in DM	1957				1961			
	Steuerpflichtige		Bruttolohn		Steuerpflichtige		Bruttolohn	
	Anzahl	%	1 000 DM	%	Anzahl	%	1 000 DM	%
unter 2 400	221 640	28,6	267 299	8,1	166 672	19,4	195 506	3,8
2 400 - 3 600	124 800	16,1	374 554	11,4	82 563	9,6	247 668	4,9
3 600 - 4 800	141 550	18,3	596 381	18,2	104 742	12,2	439 933	8,6
4 800 - 6 000	130 600	16,9	696 594	21,2	117 093	13,6	630 302	12,4
6 000 - 7 200	67 880	8,8	443 062	13,5	123 282	14,3	810 795	15,9
7 200 - 8 400	33 020	4,3	256 082	7,8	97 966	11,4	758 899	14,9
8 400 - 9 600	17 450	2,3	156 508	4,8	59 075	6,9	528 131	10,4
9 600 - 12 000	20 120	2,6	213 241	6,5	56 838	6,6	600 014	11,8
12 000 - 16 000	10 647	1,4	145 271	4,4	33 156	3,9	453 281	8,9
16 000 - 20 000	3 864	0,5	67 901	2,1	11 004	1,3	195 137	3,8
20 000 - 25 000	1 258	0,2	27 788	0,8	5 234	0,6	115 107	2,3
25 000 - 36 000	643	0,1	18 794	0,6	2 160	0,3	62 285	1,2
36 000 - 50 000	192	0,0	7 912	0,2	633	0,1	26 429	0,5
50 000 - 100 000	125	0,0	8 373	0,3	305	0,0	19 752	0,4
100 000 und mehr	27	0,0	3 701	0,1	77	0,0	12 293	0,2
Insgesamt	773 816	100	3 283 461	100	860 800	100	5 095 532	100

SCHICHTUNG DER LOHNSTEUERPFLICHTIGEN UND IHRES BRUTTOLOHNES

D-3304



viele Steuerpflichtige vorhanden sind, hat darin seine Ursache, daß hier die Lehrlinge, Bezieher kleiner Pensionen sowie halbtags-, saisonal- und sonst nicht das ganze Jahr über Beschäftigte enthalten sind. Das kommt deutlich darin zum Ausdruck, daß diese Lohnsteuerpflichtigen zwar fast ein Fünftel aller Lohnsteuerpflichtigen stellen, aber nicht einmal 4% der gesamten Bruttolohnsumme.

Die Zahl der Arbeitnehmer mit einem Bruttolohn von über 100 000 DM ist auch 1961 in Schleswig-Holstein gering. Es waren 77 Steuerpflichtige gegenüber 27 im Jahre 1957.

Stabilisierung der Beschäftigung

Die für den Arbeitnehmer günstige Arbeitsmarktlage hatte zur Folge, daß die Zahl der nicht ständig Beschäftigten weiterhin rückläufig war. Während die Zahl der ganzjährig Beschäftigten um 130 000 oder fast ein Viertel zunahm, hat die der nicht ganzjährig Beschäftigten um 43 000, das ist ebenfalls beinahe ein Viertel, abgenommen. Damit verminderte sich der Anteil der nicht ständig Beschäftigten an der Gesamtzahl der Lohnsteuerpflichtigen seit 1957 von einem Viertel auf fast ein Sechstel. Besonders die männlichen Arbeitnehmer haben dazu beigetragen. Während 1957 noch über ein Fünftel der männlichen Arbeitnehmer nicht ständig beschäftigt war, sind es 1961 nur noch ein Achtel. Das ist in der Hauptsache auf die durchgehende Beschäftigung im Bausektor zurückzuführen. Im Jahre 1957 waren viele Bauarbeiter während der kalten Jahreszeit nicht durchgehend beschäftigt; heute, nach Einführung des Schlechtwettergeldes, ist eine Frostperiode kein Entlassungsgrund mehr. Bei den weiblichen Arbeitnehmern hat sich dagegen der Anteil der nicht ganzjährig Beschäftigten nur von drei Zehntel auf ein Viertel verschoben.

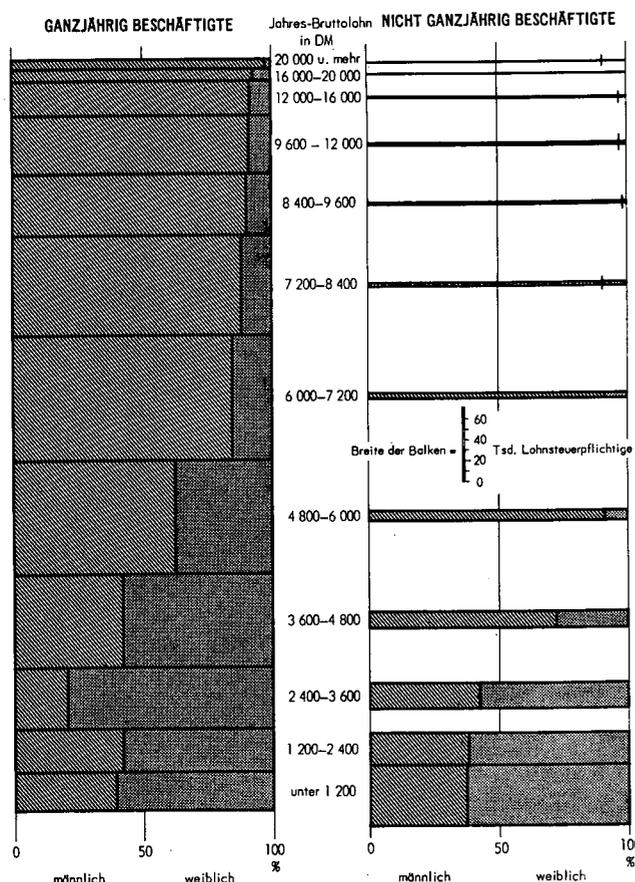
Die Zahl der nicht ständig Beschäftigten nimmt mit wachsender Bruttolohngruppe ab. Beinahe zwei Drittel verdienten nur unter 2 400 DM während ihrer Beschäftigungszeit. Im Durchschnitt erhielten sie einen Bruttolohn von 2 400 DM gegenüber 6 600 DM der ganzjährig Beschäftigten. Bei einem Vergleich der beiden Durchschnittseinkommen muß jedoch beachtet werden, daß das der nicht ständig Beschäftigten stark von der Beschäftigungsdauer abhängt. Die Jahreseinkommen sind dadurch nur bedingt vergleichbar, da z. B. ein Arbeitnehmer mit einem Monatsverdienst von 1 000 DM und 4 Monaten Beschäftigungsdauer in die gleiche Bruttolohngruppe eingestuft wird, wie ein Arbeitnehmer mit 500 DM und 8 Monaten.

Die ganzjährig Beschäftigten verdienten 1961 überwiegend zwischen 3 600 DM und 8 400 DM. Im Jahre 1957 waren es dagegen nur zwischen 2 400 DM und 6 000 DM gewesen, was auch durch die niedrige durchschnittliche Lohnhöhe von 4 900 DM zum Ausdruck kommt. Die ganzjährig beschäftigten Arbeitnehmer bezogen also 1961 im Durchschnitt 1 700 DM mehr Bruttolohn als 1957. Die allgemeine Verlagerung in höhere Bruttolohngruppen ist unverkennbar. Im Jahre 1957 verdienten knapp ein Zehntel der ganzjährig Beschäftigten über 8 400 DM, im Jahre 1961 waren es schon mehr als doppelt so viele. Daß immer noch so viele ganzjährig beschäftigte Lohnsteuerpflichtige einen Bruttolohn von unter 2 400 DM nachweisen, hängt damit zusammen, daß in dieser Zahl die Lehrlinge enthalten sind sowie halbtags- und stundenweise

Die ganzjährig beschäftigten Lohnsteuerpflichtigen 1957 und 1961

Bruttolohngruppe in DM	Steuerpflichtige		Bruttolohn			
	1961	1957	1961	1957		
	Anzahl	%	Mill. DM	%		
unter 2 400	77 441	10,9	18,3	102	2,2	5,1
2 400 - 3 600	58 668	8,2	16,0	176	3,7	9,8
3 600 - 4 800	89 088	12,5	19,5	375	7,9	16,8
4 800 - 6 000	108 231	15,2	20,3	583	12,3	22,2
6 000 - 7 200	119 201	16,7	11,2	784	16,6	14,9
7 200 - 8 400	94 932	13,3	5,5	735	15,5	8,7
8 400 - 9 600	58 156	8,2	2,9	520	11,0	5,3
9 600 - 12 000	55 617	7,8	3,4	587	12,4	7,4
12 000 - 16 000	32 559	4,6	1,8	445	9,4	5,0
16 000 - 20 000	10 933	1,5	0,7	194	4,1	2,4
20 000 und mehr	8 376	1,2	0,4	235	5,0	2,3
Insgesamt	713 202	100	100	4 736	100	100

DIE LOHNSTEUERPFLICHTIGEN 1961 nach Beschäftigungsdauer und Geschlecht



Beschäftigte, die das ganze Jahr über dieser Tätigkeit nachgingen und als ganzjährig Beschäftigte zu gelten hatten, wie etwa Zeitungsaussträger, Raumpflegerinnen und ähnliches.

Zwei Drittel der Lohnsteuerpflichtigen Männer

Wie im Jahre 1957 waren fast zwei Drittel der Lohnsteuerpflichtigen Männer, sie erarbeiteten wiederum beinahe vier Fünftel der gesamten Bruttolohnsumme. Die Zuwachsraten lagen allerdings bei den Frauen sowohl der Zahl als auch dem Bruttolohn nach etwas höher.

Das bereits früher festgestellte höhere Lohnniveau der Männer besteht auch 1961. Während die männlichen Arbeitnehmer einen durchschnittlichen Bruttolohn von 7 100 DM erreichten, brachten es die Frauen nur auf etwas mehr

Die männlichen und weiblichen Lohnsteuerpflichtigen
1957 und 1961

Geschlecht	1957		1961	
	Steuerpflichtige	Bruttolohn	Steuerpflichtige	Bruttolohn
	Anzahl	Mill. DM	Anzahl	Mill. DM
Männlich	506 143	2 581	556 513	3 968
Weiblich	267 673	703	304 287	1 127
Insgesamt	773 816	3 283	860 800	5 096

als die Hälfte davon, nämlich auf 3 700 DM. Bei einem Vergleich der ganzjährig Beschäftigten sieht das Verhältnis für die Frauen etwas günstiger aus, da relativ mehr Frauen unständig beschäftigt sind als Männer. Die ganzjährig beschäftigten Frauen erzielten einen durchschnittlichen Bruttolohn von 4 400 DM und die Männer einen solchen von 7 700 DM. Die Frauen bekamen also sechs Zehntel des durchschnittlichen Lohnes der Männer.

Über zwei Drittel der weiblichen Arbeitnehmer verdienten unter 4 800 DM im Jahr, während es bei den Männern nur wenig mehr als ein Viertel waren. Besonders auffallend, jedoch nicht überraschend ist es, daß nur 1% der weiblichen Lohnsteuerpflichtigen einen Bruttolohn von über 12 000 DM beziehen. Bei den männlichen Lohnsteuerpflichtigen sind es dagegen fast ein Zehntel. Bei dieser Gegenüberstellung muß jedoch beachtet werden, daß das Alter der Lohnsteuerpflichtigen nicht erfaßt wurde. Das spielt aber bei einem Vergleich der Durchschnittslöhne von Männern und Frauen eine wesentliche Rolle, da die Mehrzahl der weiblichen Lohnsteuerpflichtigen jüngere Frauen und Mädchen sind, die ihres Alters wegen noch nicht viel verdienen.

Vier Zehntel der Lohnsteuerpflichtigen unverheiratet

Die Gliederung der Lohnsteuerpflichtigen nach den für den Steuerabzug maßgeblichen Steuerklassen gibt einen groben Überblick über ihren Familienstand. Am häufigsten ist die Steuerklasse I vertreten. Die in dieser Steuerklasse erfaßten jüngeren unverheirateten Arbeitnehmer stellen fast ein Drittel aller Steuerpflichtigen. Ihr Anteil am Gesamtbruttolohn beträgt jedoch nur gut ein Fünftel. Sie verdienen im Durchschnitt 4 000 DM, also außer den mitarbeitenden Ehefrauen in der Steuerklasse F am wenigsten von allen Steuerpflichtigen. Das ist nicht verwunderlich, da es sich in der Mehrzahl um Lehrlinge und Arbeitnehmer die am Anfang ihrer Verdienstentwicklung stehen, sowie um nicht ganzjährig Beschäftigte handelt, die zu einem Fünftel nicht mehr als 1 200 DM im Jahr verdienen. Ihre steuerliche Belastung ist mit 7,8% nächst den kinderlosen Lohnsteuerpflichtigen der Steuerklasse IV die höchste aller Steuerklassen und liegt weit über dem Durchschnitt von 6,5%.

Zusammen mit den älteren alleinstehenden Steuerpflichtigen der Steuerklasse II waren gut vier Zehntel aller Lohnsteuerpflichtigen unverheiratet. Auf sie entfielen drei Zehntel des Bruttolohns und ein Drittel der Lohnsteuer. Ihr durchschnittlicher Bruttolohn blieb mit 4 300 DM weit unter dem aller erfaßten Lohnsteuerpflichtigen (5 900 DM).

Die Lohnsteuerpflichtigen nach Steuerklassen im Jahre 1961

Steuerklasse	Steuerpflichtige		Bruttolohn		Lohnsteuer	
	Anzahl	%	1 000 DM	je Steuerpflichtigen in DM	1 000 DM	in % des Bruttolohnes
I	277 417	32,2	1 126 423	4 060	87 340	7,8
II/0	66 975	7,8	318 734	4 759	21 032	6,6
II/1	14 707	1,7	76 709	5 216	2 716	3,5
II/2	3 802	0,4	20 813	5 474	520	2,5
II/3	963	0,1	5 078	5 273	74	1,5
II/4	404	0,0	2 005	4 963	24	1,2
III/0	117 146	13,6	853 383	7 285	65 843	7,7
III/1	88 980	10,3	749 932	8 428	47 168	6,3
III/2	65 782	7,6	612 580	9 312	28 838	4,7
III/3	26 309	3,1	252 064	9 581	8 836	3,5
III/4	14 180	1,6	129 991	9 167	2 603	2,0
IV/0	76 585	8,9	425 575	5 557	38 250	9,0
IV/1	55 311	6,4	303 194	5 482	20 458	6,7
IV/2	23 978	2,8	135 312	5 643	6 523	4,8
IV/3	7 921	0,9	43 735	5 521	1 231	2,8
IV/4	3 708	0,4	19 894	5 365	301	1,5
F	16 632	1,9	20 110	1 209	1 063	5,3
Insgesamt	860 800	100	5 095 532	5 920	332 820	6,5

Nach der Steuerklasse I befinden sich die meisten Steuerpflichtigen in der Steuerklasse III/0. Das sind in der Hauptsache Verheiratete ohne Kinder, deren Ehefrauen keinen Arbeitslohn beziehen. Sie weisen einen Anteil von knapp einem Siebentel an der Gesamtzahl der Lohnsteuerpflichtigen und einen solchen von einem Sechstel an der Bruttolohnsumme aus. Sie mußten im Durchschnitt 7,7% ihres Bruttolohnes als Lohnsteuer abführen. Sie verdienten mit 7 285 DM mehr als der Durchschnitt aller Lohnsteuerpflichtigen.

Erstaunlich hoch ist die Zahl der mitverdienenen Ehepartner; das sind Steuerpflichtige mit der Lohnsteuerkarte F und IV. Bei zwei Fünfteln aller verheirateten Lohnsteuerpflichtigen bezog der andere Ehepartner ebenfalls ein Arbeitseinkommen. Das bedeutet, daß mehr als jeder Dritte verheiratete Lohnsteuerpflichtige ein "Doppelverdiener" ist. Die steuerliche

Belastung ist für diese Ehepaare am ungünstigsten. Beinahe ein Zehntel des Bruttolohnes wurde den "Doppelverdienern", sofern sie keine Kinder hatten die schulpflichtig oder in Berufsausbildung waren, als Lohnsteuer abgezogen. Nur bei einer entsprechenden Kinderzahl sinkt der Lohnsteueranteil. Er fällt in der Steuerklasse IV bis auf 1,5% und in der Steuerklasse II sogar bis 1,2% bei Steuerpflichtigen mit vier und mehr Kindern.

Ein Zusammenhang zwischen der Zahl der Kinder und der Lohnhöhe besteht nicht. Vielmehr ergibt sich dabei ein recht unterschiedliches Bild. In den Steuerklassen II und III ist die Lohnsumme bei den Steuerpflichtigen mit Kindern durchweg höher als bei denjenigen ohne Kinder, und in der Steuerklasse IV sinkt sie bei Steuerpflichtigen mit drei und mehr Kindern unter das Niveau der Kinderlosen. Bemerkenswert ist, daß die Lohnhöhe der Steuerpflichtigen mit vier und mehr Kindern immer niedriger ist als die derer mit drei Kindern.

Ein Vergleich mit 1957 läßt sich nicht durchführen, da die Steuerklassen 1958 geändert worden sind.

Erhöhte Steuerbelastung der Arbeitseinkommen

Von den 861 000 erfaßten Lohnsteuerpflichtigen waren 567 000 steuerbelastet und 294 000 nicht. Jeder dritte Steuerpflichtige zahlte also keine Lohnsteuer, da sein Bruttolohn die Freigrenze und ggf. die steuerfreien Abzugsbeträge nicht überstieg. Die Masse der Nichtsteuerbelasteten konzentriert sich selbstverständlich in den unteren Bruttolohngruppen. Es sind aber auch solche darunter, die einen Bruttolohn von über 12 000 DM erhielten.

Im Gesamtdurchschnitt mußten alle Lohnsteuerpflichtigen 6,5% ihres Bruttolohnes als Lohnsteuer abführen. Im Jahre 1957 waren es nur 4,5% gewesen. Das ist jedoch nur zum kleineren Teil eine Folge der Steuerreform von 1958, in

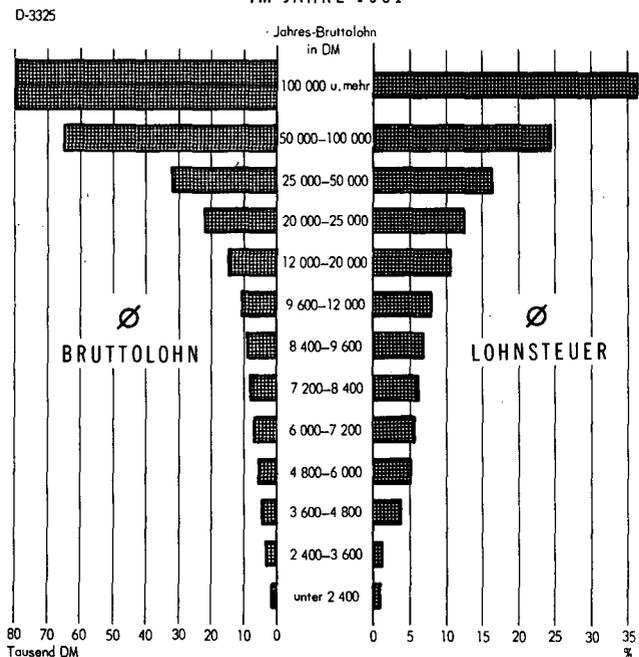
Die Steuerbelastung 1957 und 1961

Bruttolohngruppe in DM	1957			1961		
	Bruttolohn	Lohnsteuer		Bruttolohn	Lohnsteuer	
	1 000 DM	in % des Bruttolohnes		1 000 DM	in % des Bruttolohnes	
unter 2 400	267 299	903	0,3	195 506	1 697	0,9
2 400 - 3 600	374 554	7 524	2,0	247 668	3 060	1,2
3 600 - 4 800	596 381	17 584	2,9	439 933	16 329	3,7
4 800 - 6 000	696 594	25 770	3,7	630 302	32 238	5,1
6 000 - 7 200	443 062	19 630	4,4	810 795	45 029	5,6
7 200 - 8 400	256 082	13 977	5,5	758 899	45 916	6,1
8 400 - 9 600	156 508	10 667	6,8	528 131	35 748	6,8
9 600 - 12 000	213 241	17 253	8,1	600 014	46 861	7,8
12 000 - 16 000	145 271	14 865	10,2	453 281	45 172	10,0
16 000 - 50 000	122 395	17 362	14,2	398 958	51 485	12,9
50 000 - 100 000	8 373	2 436	29,1	19 752	4 825	24,4
100 000 und mehr	3 701	1 363	36,8	12 293	4 460	36,3
Insgesamt	3 283 461	149 334	4,5	5 095 532	332 820	6,5

der Hauptsache jedoch eine Auswirkung des Auf-rückens der Lohnsteuerpflichtigen in höhere Bruttolohngruppen. Das deutsche Einkommensteuerrecht sieht nach einem bis zu einer bestimmten Grenze gleichbleibenden Steuersatz (proportionale Steuer) eine mit wachsender Einkommenshöhe steigende Besteuerung (progressive Steuer) vor. Deshalb stieg die steuerliche Belastung 1961 von 0,9% in der Gruppe unter 2 400 DM bis auf 36,3% in der über 100 000 DM an. Sie kann bis zu 53% des Lohn-einkommens ausmachen.

Im Vergleich zu 1957 hat sich die steuerliche Belastung in den unteren Bruttolohngruppen fast durchweg erhöht, während sie in den oberen zurückging. Das hängt damit zusammen, daß die Steuerreform von 1958 zwar für die Masse der Steuerpflichtigen eine Erleichterung brachte, daß aber die Ledigen und die Ehepaare, die beide im Berufsleben stehen, mehr Steuer zahlen mußten, sofern sie weniger als 16 000 DM verdienten. Die steuerliche Belastung dieser Gruppen ist deshalb überdurchschnittlich hoch. Das wirkt sich besonders auf die unteren Bruttolohngruppen aus, da sich dort die Mehrzahl dieser Steuerpflichtigen befindet.

DIE STEUERBELASTUNG DER ARBEITSEINKOMMEN IM JAHRE 1961



Stärkere Inanspruchnahme von Freibeträgen

Von den Lohnsteuerpflichtigen konnten 238 000 einen zusätzlichen steuerfreien Betrag in Anspruch nehmen und dadurch ihre steuerliche Belastung teilweise wesentlich vermindern. Es handelt sich hierbei um Werbungskosten, Sonderausgaben und andere Belastungen, die über den zustehenden steuerfreien Pauschbetrag hinausgehen. Diese Freibeträge werden von den

Finanzämtern auf Antrag zu Beginn oder im Laufe des Jahres in die Lohnsteuerkarte eingetragen, oder auch am Jahresende durch den Lohnsteuerjahresausgleich verrechnet. Immer mehr Steuerpflichtige machten von dieser Möglichkeit Gebrauch. Im Jahre 1957 war es noch etwa jeder Sechste und 1961 schon beinahe jeder Dritte. Der steuerfreie Abzugsbetrag belief sich auf insgesamt 248 Mill. DM und machte ein Achtel des von diesen Steuerpflichtigen verdienten Bruttolohnes aus. Im Durchschnitt konnten die Steuerpflichtigen mit zusätzlichen steuerfreien Abzugsbeträgen 1961 einen Betrag von 1 050 DM absetzen, ehe die Steuertabelle angewendet wurde; 1957 waren es nur 850 DM gewesen.

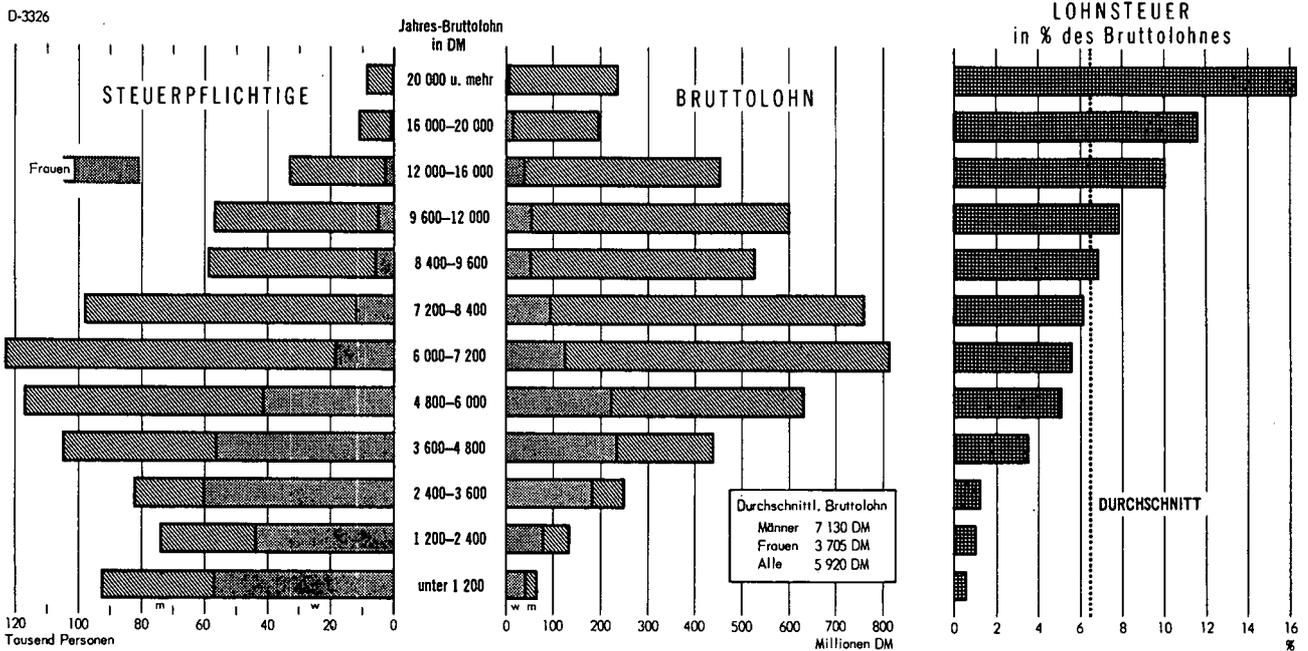
Lohnsteuerjahresausgleich bei über der Hälfte der Lohnsteuerpflichtigen

Bei mehr als der Hälfte aller Lohnsteuerpflichtigen, nämlich 495 000, wurde nach Abschluß des Jahres ein Lohnsteuerjahresausgleich durchgeführt. Ihnen wurden 65 Mill. DM oder ein Viertel ihrer im Laufe des Jahres gezahlten Lohnsteuer zurückgezahlt. Diese Differenzen entstehen dadurch, daß einmal die Mehrzahl der Lohnsteuerpflichtigen die zusätzlichen steuerfreien Abzugsbeträge erst nach Ablauf des Kalenderjahres geltend macht und zum anderen sich der Lohnsteuerabzug nach der Höhe des Bruttolohnes im jeweiligen Lohnzahlungszeitraum (Tag, Woche, Monat) richtet. Die Anwendung der Lohnsteuer-Jahrestabelle ergibt dann zwangsläufig etwa bei nicht ständiger Beschäftigung oder wechselnder Lohnhöhe Differenzbeträge. In der Regel soll der Lohnsteuerjahresausgleich vom Arbeitgeber durchgeführt werden. 1961 stellten jedoch zwei Drittel der Gesamtzahl ihren Antrag persönlich beim Finanzamt. Die höchste Rückzahlungsquote wurde in den beiden unteren Bruttolohngruppen erreicht, wo fast die gesamte Lohnsteuer zurückgezahlt wurde. Am häufigsten wurde bei den Lohnsteuerpflichtigen der Bruttolohngruppe 6 000 DM bis 7 200 DM ein Lohnsteuerjahresausgleich durchgeführt.

Gefälle in der regionalen Lohnschichtung

Die unterschiedliche wirtschaftliche und soziologische Struktur der Stadt- und Landkreise bedingt zwangsläufig ein Gefälle in der Lohnschichtung. Auch wohnen in den Stadtkreisen erwartungsgemäß im Verhältnis zur Einwohnerzahl mehr Lohnsteuerpflichtige als in den Landkreisen. Über ein Drittel der Lohnsteuerpflichtigen hatte seinen Wohnsitz in den vier kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins, der Anteil der Stadtkreise an der Gesamtbevölkerung

DIE SCHICHTUNG DER ARBEITSEINKOMMEN 1961



machte jedoch nur knapp drei Zehntel aus. In den Landkreisen ist das Verhältnis entsprechend umgekehrt, nur in den Kreisen Hzgt. Lauenburg, Pinneberg und Stormarn herrscht ein den Stadtkreisen ähnliches Bild. Das liegt daran, daß dort viele Hamburg-Pendler wohnen.

Im Landesdurchschnitt waren von 1 000 Einwohnern 370 lohnsteuerpflichtig, in den Landkreisen 340 und in den Stadtkreisen 440. Das bedeutet, daß in den Landkreisen jeder dritte und in den Stadtkreisen beinahe jeder zweite lohnsteuerpflichtig ist.

Ein deutliches Lohngefälle von den Stadt- zu den Landkreisen zeigt der folgende Vergleich:

	von 1 000 Arbeitnehmern erhielten ... einen Bruttolohn von			
	unter 6 000 DM	6 000 - 9 600 DM	9 600 - 12 000 DM	12 000 DM und mehr
Stadtkreise	526	330	73	70
Landkreise	558	323	62	56
Schleswig-Holstein	547	326	66	61

Die unteren Bruttolohngruppen sind also in den Landkreisen stärker besetzt als in den Stadtkreisen, während das Verhältnis in den oberen Gruppen umgekehrt ist.

Das kommt auch bei der Berechnung des Bruttolohnes je Steuerpflichtigen zum Ausdruck. Im Landesdurchschnitt verdiente jeder Arbeitnehmer 5 900 DM. Die Lohnsteuerpflichtigen in den Landkreisen liegen um 100 DM unter diesem Durchschnitt und die in den Stadtkreisen um 200 DM darüber.

Daß das Lohngefälle nicht noch stärker ausgeprägt ist, liegt hauptsächlich daran, daß die Randkreise der Städte das bevorzugte Wohnge-

Die Lohnsteuerpflichtigen in den Kreisen im Jahre 1961

KREISFREIE STADT Kreis	Steuerpflichtige	Bruttolohn	
		1 000 DM	je Steuerpflichtigen
FLensburg	42 701	253 312	5 932
KIEL	121 501	771 744	6 352
LÜBECK	101 919	611 105	5 996
NEUMÜNSTER	32 731	189 355	5 785
Kreisfreie Städte	298 852	1 825 516	6 108
Eckernförde	20 790	113 237	5 447
Eiderstedt	5 007	27 370	5 466
Eutin	33 789	187 704	5 555
Flensburg-Land	17 517	91 166	5 204
Hzgt. Lauenburg	49 032	286 547	5 844
Husum	17 538	99 499	5 673
Norderdithmarschen	17 347	94 391	5 441
Oldenburg (Holstein)	25 529	137 083	5 370
Pinneberg	83 168	535 338	6 437
Plön	37 358	211 443	5 660
Rendsburg	55 024	321 055	5 835
Schleswig	30 529	172 134	5 638
Segeberg	30 574	170 616	5 580
Steinburg	43 038	244 969	5 692
Stormarn	57 743	364 170	6 307
Süderdithmarschen	20 152	112 841	5 599
Südtondern	17 813	100 453	5 639
Kreise	561 948	3 270 016	5 819
Schleswig-Holstein	860 800	5 095 532	5 920

biet vieler Bezieher hoher Lohneinkommen sind, was insbesondere für die Randgebiete Hamburgs zutrifft. Der Landkreis Pinneberg liegt mit einem Bruttolohn von 6 440 DM je Steuerpflichtigen an der Spitze aller Kreise, gefolgt von Kiel, mit 6 350 DM und Stormarn mit 6 300 DM. Das Schlußlicht bildet Flensburg-Land mit 5 200 DM.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Vergleiche auch: "Die Schichtung der Lohneinkommen in Schleswig-Holstein im Jahre 1961" in Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 174 (Juni)

Lohnentwicklung im Handwerk

Fast acht Zehntel aller Arbeiter in den 9 Handwerkszweigen, die zur laufenden Lohnerhebung im Handwerk beitragen, waren im November 1962 Vollgesellen. Wenn im folgenden nur von ihren Verdiensten und Arbeitszeiten die Rede ist, so wird damit der wesentliche Teil der Handwerkerlöhne besprochen. Denn die Junggesellen machen demgegenüber nur ein reichliches Zehntel und die "übrigen Arbeiter" noch nicht ein Zehntel aller im Handwerk Beschäftigten aus. Die Vollgesellen bestimmen das Strukturbild des Handwerks viel stärker als die Facharbeiter das der Industrie, denn dort stehen nur 59% Facharbeiter 25% Angelernten und 16% Ungelernten gegenüber.

Ein Vergleich der Brutto-Stundenlöhne der Vollgesellen im Durchschnitt der 9 erfaßten Handwerkszweige zeigt, daß in Schleswig-Holstein weniger verdient wurde als im Bundesgebiet. Im Bundesgebiet lag das Stundenlohniveau November 1962 bei 3,45 DM, in Schleswig-Holstein bei 3,38 DM. Das Verhältnis zueinander war auch November 1957 schon das gleiche: damals wurden den Vollgesellen im Bund durchschnittlich 2,20 DM je Stunde gezahlt, in Schleswig-Holstein dagegen nur 2,15 DM. Die Zunahme von 1957 bis 1962 war im Bund und in Schleswig-Holstein sowohl absolut als auch relativ nahezu gleich groß.

Mit 2,15 DM Bruttostundenlohn im November 1957 und mit 3,38 DM 1962 rangierte Schleswig-Holstein noch nicht an letzter Stelle unter den Bundesländern. 1957 zahlten Niedersachsen mit 2,11 DM, Rheinland-Pfalz mit 2,05 DM und Bayern mit 2,03 DM noch weniger als Schleswig-Holstein; 1962 lag außer Bayern mit 3,25 DM, Niedersachsen mit 3,24 DM und Rheinland-Pfalz mit 3,20 DM auch noch das Saarland mit 3,32 DM unter dem Lohnniveau Schleswig-Holsteins.

Den weitesten Abstand von Schleswig-Holsteins Vollgesellenlöhnen hatten die Löhne im benachbarten Hamburg; sie lagen dort 1957 mit 2,53 DM um 38 Pf, 1962 mit 3,94 DM um 56 Pf über denen Schleswig-Holsteins. Auf Hamburg folgte mit Abstand Bremen, das den Vollgesellen 1957 2,40 DM und 1962 3,57 DM zahlte. Diesem wiederum folgten 1962 Nordrhein-Westfalen mit 3,56 DM Stundenlohn, Hessen und Baden-Württemberg mit 3,48 DM. Es ist unter diesen Umständen verständlich, wenn die Handwerkskammern eine Abwanderung von Fachkräften in die Ballungsräume außerhalb Schleswig-Holsteins befürchten, zumal innerhalb der Länder noch regionale Unterschiede bestehen, die im Einzelfall den Abstand noch größer werden lassen. Der Nachteil geringerer Entlohnung in mehr ländlichen Arbeitsstätten wird

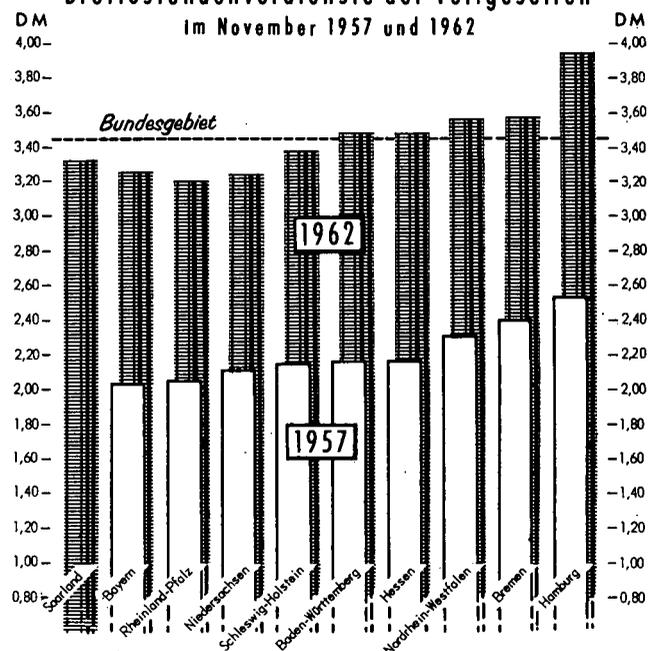
jedoch häufig aus anderen Gründen in Kauf genommen.

Um den Durchschnitts-Bruttostundenlohn Schleswig-Holsteins von 2,15 DM im November 1957 bzw. von 3,38 DM im November 1962 gruppieren sich die Löhne in den einzelnen Handwerkszweigen wie folgt: am tiefsten unter dem Durchschnitt lagen die Löhne der Vollgesellen in der Herrenschniderei mit 1,68 DM bzw. 2,37 DM. Der Abstand zum nächsten unterdurchschnittlich bezahlten Handwerkszweig, dem Bäckerhandwerk, mit 2,03 bzw. 3,15 DM ist groß. Unterdurchschnittlich waren ferner die Kraftfahrzeughandwerker mit 2,07 DM bzw. 3,25 DM und die Elektro-Installateure mit 2,09 bzw. 3,29 DM bezahlt, über dem Durchschnitt lagen in Schleswig-Holstein die Schlosser-, Maler-, Fleischer-, Klempner- und die Tischlerlöhne, und zwar sowohl 1957 als auch 1962. Die Rangordnung der Handwerkszweige hat manchmal gewechselt, grundsätzlich hat sich jedoch nichts an ihr geändert.

Die Zunahme des Durchschnitts-Bruttostundenlohnes von 1957 bis 1962 war in den Bundesländern verschieden hoch. Sie belief sich auf nur 1,13 DM in Niedersachsen und erreichte in Hamburg 1,41 DM; in Schleswig-Holstein betrug sie 1,23 DM. Anders verhält sich die relative Zunahme, d. h. der in Prozent des Jahres 1957 ausgedrückte Anstieg. Er belief sich in Schleswig-Holstein auf 57%, in Hamburg auf 56% und in Niedersachsen auf 54%. Einen stärkeren re-

D-3315

HANDWERKERLÖHNE
Bruttostundenverdienste der Vollgesellen
Im November 1957 und 1962



lativen Anstieg als Schleswig-Holstein hatten Hessen und Baden-Württemberg mit 61% sowie Bayern mit 60%. Die Zunahme aller Bundesländer zusammen ergab im Durchschnitt 56,8%. Absolut hat Schleswig-Holstein also den Bundesdurchschnitt der Lohnanstiegsquote von 1,25 DM nicht erreicht, relativ hat es ihn jedoch übertraffen.

Die Zahl der bezahlten Stunden fiel in Schleswig-Holstein von November 1957 bis November 1962 von wöchentlich 48,0 auf 45,9, d.h. um 2,1 Stunden oder 4,4%. Das war die stärkste Abnahme von allen Bundesländern; am geringsten war sie in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg mit je 0,5 Stunden oder 1,1%. Die Zahl der bezahlten Stunden hatte in diesen beiden Ländern schon 1957 verhältnismäßig niedrig gelegen, sie hielt sich dort aber im Gegensatz zu Schleswig-Holstein auch 1962 noch auf knapp 47 Stunden. Schleswig-Holstein lag um 1/2 Stunde unter dem Bundesdurchschnitt von 46,4 Stunden. Je nach der Intensität und dem Zeitpunkt der örtlichen tariflichen Vorstöße in Lohn- und Arbeitszeitfragen, die in Wechselwirkung mit den effektiven Arbeitsbedingungen stehen, hat sich einmal dieses, ein anderes Mal jenes Land an die Spitze der Entwicklung geschoben. Im ganzen genommen ging die Entwicklung im Berichtszeitraum jedenfalls dahin,

daß bei zunehmend kürzeren wöchentlichen Arbeitszeiten mehr verdient wurde.

Beim Durchschnitts-Wochenverdienst der Vollgesellen, der im November 1962 in Schleswig-Holstein brutto 155,20 DM (1957 = 103,00 DM) ausmachte, tritt der Unterschied zu den Vollgesellenlöhnen in anderen Ländern der Bundesrepublik noch deutlicher in Erscheinung. In Hamburg verdienten die Vollgesellen zur gleichen Zeit wöchentlich 179,60 DM (1957 = 118,70 DM), in Nordrhein-Westfalen 166,30 DM (109,00 DM), in Bremen 162,90 DM (114,60 DM); ihre Löhne lagen damit über denen ihrer schleswig-holsteinischen Kollegen. Unter Schleswig-Holstein lagen dagegen Niedersachsen mit einem Brutto-Wochenlohn von 149,90 DM (1957 = 99,30 DM), Bayern mit 150,80 DM (95,70 DM) und Rheinland-Pfalz mit 149,20 DM (97,40 DM). Hessen und Baden-Württemberg die 1957 noch mit 100,30 bzw. 102,10 DM Wochenlohn unter Schleswig-Holstein gelegen hatten, waren 1962 mit 158,20 bzw. 162,90 DM an Schleswig-Holstein vorbeigezogen. Im Bundesdurchschnitt wurde November 1957 ein Wochenlohn für Vollgesellen von 103,90 DM und 1962 von 160,00 DM erzielt. Die Ursache für die festgestellten Lohnunterschiede dürfte zum Teil in der Ortsklassenstruktur der Bundesländer zu suchen sein, deren einheitlicher Aufbau den größten Schwierigkeiten begegnet.

Land	Bezahlte Stunden				Bruttostundenverdienst				Bruttowochenverdienst			
	1957	1962	Veränderung		1957	1962	Veränderung		1957	1962	Veränderung	
			absolut	%			absolut	%			absolut	%
Schleswig-Holstein	48,0	45,9	- 2,1	- 4,4	2,15	3,38	+ 1,23	+ 57,2	103,00	155,20	+ 52,20	+ 50,7
Hamburg	47,0	45,6	- 1,4	- 3,0	2,53	3,94	+ 1,41	+ 55,7	118,70	179,60	+ 60,90	+ 51,3
Niedersachsen	47,1	46,3	- 0,8	- 1,7	2,11	3,24	+ 1,13	+ 53,6	99,30	149,90	+ 50,60	+ 51,0
Bremen	47,7	46,2	- 1,5	- 3,1	2,40	3,57	+ 1,17	+ 48,8	114,60	162,90	+ 48,30	+ 42,1
Nordrhein-Westfalen	47,2	46,7	- 0,5	- 1,1	2,31	3,56	+ 1,25	+ 54,1	109,00	166,30	+ 57,30	+ 52,6
Hessen	46,4	45,5	- 0,9	- 1,9	2,16	3,48	+ 1,32	+ 61,1	100,30	158,20	+ 57,90	+ 57,7
Rheinland-Pfalz	47,5	46,6	- 0,9	- 1,9	2,05	3,20	+ 1,15	+ 56,1	97,40	149,20	+ 51,80	+ 53,2
Baden-Württemberg	47,3	46,8	- 0,5	- 1,1	2,16	3,48	+ 1,32	+ 61,1	102,10	162,90	+ 60,80	+ 59,5
Bayern	47,2	46,4	- 0,8	- 1,7	2,03	3,25	+ 1,22	+ 60,1	95,70	150,80	+ 55,10	+ 57,6
Bundesgebiet¹	47,2	46,4	- 0,8	- 1,7	2,20	3,45	+ 1,25	+ 56,8	103,90	160,00	+ 56,10	+ 54,0

1) 1962 einschl. Saarland

Der Durchschnitts-Wochenverdienst der Vollgesellen lag November 1962 in Schleswig-Holstein um 52,20 DM höher als 1957. In Hamburg war er in der gleichen Zeit um 60,90 DM, in Niedersachsen um 50,60 DM und in Bremen um 48,30 DM gestiegen. Damit erreichte Bremen nur einen relativen Zuwachs von 42%, während Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg 51% Zuwachs hatten. Bremen hatte somit von 1957 bis 1962 absolut und relativ den niedrigsten Wochenlohnanstieg sämtlicher Bundesländer; der höchste war mit 60% in Baden-Württemberg zu verzeichnen. Der durchschnitt-

liche Zuwachs bei allen Bundesländern insgesamt lag bei 54%.

Der durchschnittliche Wochenlohnanstieg der Vollgesellen blieb sowohl in Schleswig-Holstein als auch im Bund insgesamt hinter dem Stundenlohnanstieg zurück, was mit den verkürzten Wochenarbeitszeiten zusammenhängt. Daß der Wochenlohnanstieg im Bund größer war als in Schleswig-Holstein, lag an der überdurchschnittlichen Arbeitszeitverkürzung in Schleswig-Holstein.

Dr. Georg Goldmann

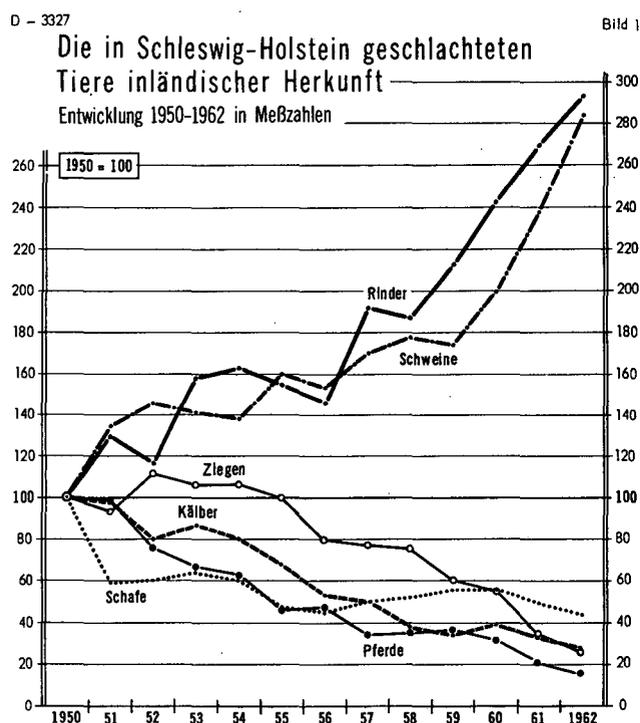
Vergleiche auch: "Die Verdienste in Industrie, Handel und Handwerk 1957 und 1962" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 51 (Febr.)

Die Schlachttier- und Fleischbeschau 1961 und 1962

Von Jahr zu Jahr hat die Gesamtzahl der in Schleswig-Holstein geschlachteten inländischen Tiere zugenommen, und zwar allein durch vermehrte Rinder- und Schweineschlachtungen. Von 1950 bis 1962 hat sich die Zahl der geschlachteten Rinder und Schweine nahezu verdreifacht. Bei Kälbern, Schafen und Pferden verminderte sie sich dagegen erheblich. Die Schlachtungen von Ziegen sind praktisch bedeutungslos. Während 1950 noch doppelt so viel Kälber wie Rinder geschlachtet wurden, kommen heute auf 1 Kalb mehr als 5 Rinder.

1962 geschlachtete Inlandtiere in Schleswig-Holstein

	1 000
Rinder	262,4
Kälber	48,0
Schweine	538,5
Schafe	29,7
Ziegen	0,3
Pferde	2,3



Am 25. März 1961 traten neue Bestimmungen über die Schlachttier- und Fleischuntersuchungen in Kraft.¹ In der Verordnung wurden verschiedene neue Beanstandungsgründe festgelegt und in einigen Fällen die Art der Beurteilung geändert. Die Ergebnisse der Schlachttier- und Fleischbeschau vor dem Inkrafttreten der Änderungsverordnung sind infolgedessen mit den späteren Ergebnissen nicht ohne weiteres vergleichbar.

1) Verordnung zur Änderung der Ausführungsbestimmung A über die Untersuchung und gesundheitspolizeiliche Behandlung der Schlachttiere und des Fleisches bei Schlachtungen im Inland - AB, A - vom 1. August 1960

Beanstandungen ganzer Tierkörper und ganzer Schlachtviertel

In den nachfolgenden Betrachtungen sollen nur die drei wichtigsten Tierarten: Rinder, Kälber und Schweine berücksichtigt werden. Den übrigen drei Tierarten kommt, gemessen an der absoluten Zahl von Schlachtungen und am Anteil an der Gesamtzahl von Schlachtungen nur untergeordnete Bedeutung zu.

Die Bilder 2, 3 und 4 zeigen, daß in allen Fällen die Zahl der beanstandeten Tierkörper seit 1950 zugenommen hat.

Rinder

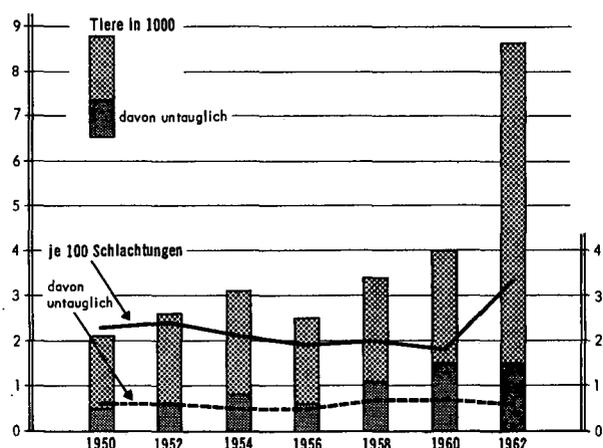
Bei den Schlachtrindern hat bis 1960 die Zahl der Beanstandungen zwar zugenommen, jedoch in geringerem Maße als die Schlachtungen. Es sank daher der Anteil der Beanstandungen an allen Schlachtungen auf 18 ‰ im Jahre 1960 ab. Mit Inkrafttreten der neuen Verordnung stieg dann die Zahl der Beanstandungen außerordentlich stark an auf 8 553 Stück bzw. 33 von 1 000 Schlachtungen im Jahre 1962. Sehr stark nahmen die Zahl und der Anteil der wegen Finnenbefalls beanstandeten Tiere zu, da nach der neuen Verordnung auch abgestorbene Finnen im Fleisch der Tiere zu beanstanden sind. 1962 wurden insgesamt 5 890 Schlachtrinder wegen Finnenbefalls beanstandet. Hiervon konnten allerdings fast sämtliche Tiere (5 869 Stück) nach entsprechender Behandlung (Durchfrieren) als tauglich zum Genuß für Menschen freigegeben werden.

1 483 Schlachtrinder wurden 1962 als untauglich beurteilt; das sind 6 von 1 000 geschlachteten Tieren. Häufigste Beanstandungsgründe, die zur

D - 3328

Beanstandete und untaugliche Schlachtrinder

Bild 2



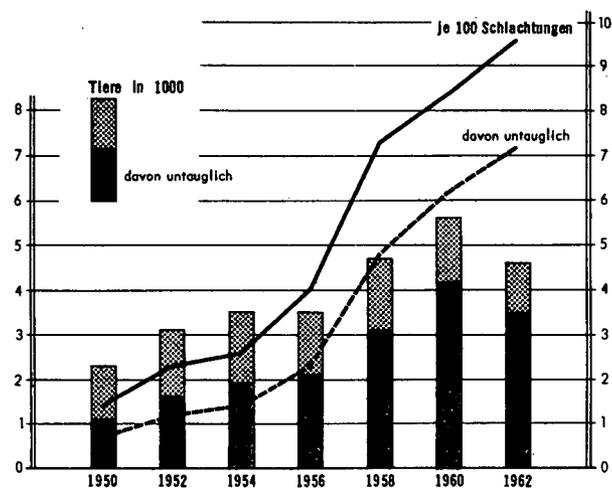
Untauglichkeit führten, waren Blutvergiftung, Vorhandensein von Fleischvergiftungserregern, Geschwülste (zumeist Leukose), Fäulnis, Zersetzung und Geschmacksabweichung.

Für bedingt tauglich wurden nur 240 Schlachtrinder erklärt, das ist weniger als 1 Tier von 1 000 Schlachtungen. 231 Rinder davon wurden wegen Tuberkulose beanstandet. Gemessen an allen Schlachtungen ist das ein sehr geringer Anteil. Im Jahre 1955 wurden beispielsweise noch 580 Rinder wegen Tbc für bedingt tauglich erklärt bei einer nur halb so großen Gesamtzahl geschlachteter Rinder.

Kälber

Bei den Kälbern zeigt sich eine grundsätzlich andere Entwicklung. Die Zahl der geschlachteten Kälber unter 3 Monaten ist von 170 000 Stück im Jahre 1950 auf 48 000 Stück 1962, also auf weniger als ein Drittel zurückgegangen. Gleichzeitig hat sich aber die Zahl der beanstandeten Kälber verdoppelt, die Zahl der als genußuntauglich beurteilten sogar verdreifacht. Damit erhöhten sich die Anteilswerte unverhältnismäßig stark. Von 1 000 geschlachteten Kälbern wurden 1950 nur 14, 1962 jedoch 96 Stück beanstandet; für untauglich wurden 1950 lediglich 7, 1962 aber 72 Kälber erklärt. Der Anteil der genußuntauglichen Tiere hat sich damit verzehnfacht.

D - 3329 Bild 3
Beanstandete und untaugliche Schlachtkälber



*) Kälber unter 3 Monaten

Häufigste Beanstandungsgründe, die zur Genußuntauglichkeit führten, waren 1962 Fäulnis, Zersetzung, Geschmacksabweichung, Blutvergiftung sowie Vorhandensein von Fleischvergiftungserregern, Tuberkulose spielt bei Kälbern keine Rolle.

Die Abnahmen der Kälberschlachtungen einerseits und die Zunahme des Anteils untauglicher

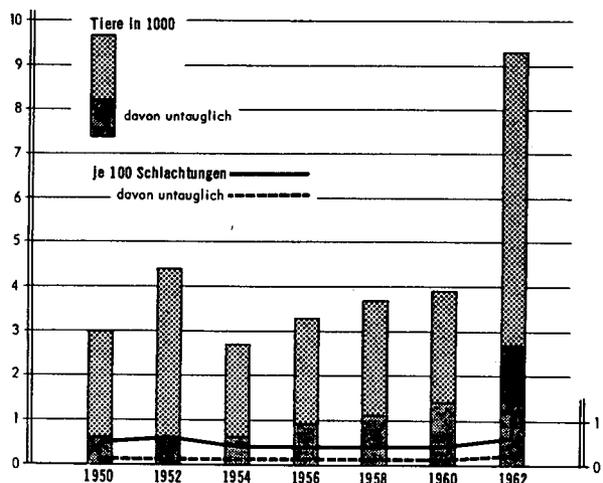
und minderwertiger Tiere an den Schlachtungen andererseits zeigen eine Entwicklung, die der Zunahme der Rinderbestände und Rinderschlachtungen entspricht. Bei den zur Schlachtung verkauften Kälbern handelt es sich zunehmend nur noch um minderwertige, nicht zur Aufzucht geeignete Tiere. Vollwertige gesunde Kälber werden bevorzugt aufgezogen.

Der Anstieg der absoluten Zahl untauglicher und minderwertiger Kälber ist durch die mit größeren Kuhbeständen vermehrten Kalbungen zu erklären.

Schweine

Die Gesamtzahl der beanstandeten Schweine stieg von 1950 bis 1962 in gleichem Maße wie die Schlachtungen auf das Dreifache an. Allerdings hat die Zahl der als genußuntauglich beurteilten Tiere stärker zugenommen, nämlich von 557 Stück im Jahre 1950 auf 2 662 Stück 1962. Der Anteil der untauglichen Tiere, der 1950 rund 1 ‰ betrug, stieg 1962 auf knapp 2 ‰ an, das ist im Vergleich zu den Rindern und Kälbern sehr wenig.

D - 3330 Bild 4
Beanstandete und untaugliche Schlachtschweine



Häufigste Beanstandungsgründe waren 1962 bei den genußuntauglichen Schlachtschweinen vor allem Fäulnis und ähnliche Zersetzungsvorgänge, Blutvergiftung, Vorhandensein von Fleischvergiftungserregern, Gelbsucht, Wassersucht und andere Mängel. 1962 wurden weiterhin 2 692 Schweine für bedingt tauglich erklärt, und zwar hauptsächlich wegen Schweinepest, Tuberkulose und Rotlauf. Hinzu kommen noch 3 973 Tiere, die zumeist wegen Fäulnis und ähnlicher Zersetzungsvorgänge, Geschmacksabweichungen, Wässerigkeit und abweichender Farbe als minderwertig beurteilt wurden.

Insgesamt hielten sich die Beanstandungen bei den Schlachtschweinen relativ niedrig. Von 1 000 geschlachteten Schweinen wurden 1961 wie 1962 nur sechs beanstandet.

Bakteriologische Fleischuntersuchungen

1962 wurden rund 28 700 Rinder, Kälber und Schweine bakteriologisch untersucht. Von 1 000 Schlachttieren waren es bei Rindern 36, bei Kälbern 183 und bei Schweinen 7 Tiere. 1961 wurde etwa die gleiche Anzahl bakteriologisch untersucht. Bei 70 bis 80% dieser Untersuchungen handelte es sich um notgeschlachtete Tiere. Der größte Teil der bakteriologisch untersuchten Schlachttiere konnte als tauglich für den menschlichen Verzehr freigegeben werden, 76 bis 84% bei den drei Tierarten.

Bei rund zwei Dritteln der Tiere wurden keine Bakterien festgestellt, bei einem knappen Drittel Bakterien, die keine Fleischvergiftungserreger oder Tierseuchenerreger waren und nur bei höchstens 3% wurden Fleischvergiftungserreger oder Tierseuchenerreger festgestellt.

Bakteriologisch untersuchte Rinder, Kälber und Schweine

Tierart	Jahr	Insgesamt bakt. untersucht	davon				Sonst. Bakt.
			Not-schlachtungen	keine Bakterien festgestellt	Fleischvergiftungserreger	Tierseuchenerreger	
Rinder	1961	9 335	76	69	0,5	0,2	30
	1962	9 532	74	70	0,4	0,0	29
Kälber	1961	8 640	84	59	2	0,2	39
	1962	8 804	81	61	1	0,0	38
Schweine	1961	9 113	73	69	0,2	3	28
	1962	10 390	67	67	0,1	2	31

Beanstandungen veränderter Teile

Häufig sind nicht die ganzen Tierkörper, sondern lediglich einzelne Organe mit Krankheiten oder Mängeln behaftet. In diesen Fällen wird nur das kranke oder minderwertige Organ beanstandet und entfernt, während der übrige Tierkörper als zum menschlichen Verzehr tauglich freigegeben wird. An erster Stelle der mit Krankheiten und Mängeln behafteten Organe steht bei allen drei Tierarten die Lunge, es folgen nach der Häufigkeit der Beanstandungen Leber und Darm. Bei einem weiteren Teil der Schlachttiere wurden auch sämtliche Baucheingeweide beanstandet, Köpfe und Zungen relativ selten.

Die Beanstandungsgründe haben sich von 1950 bis 1962 sehr stark geändert. Während 1950 die Tuberkulose bei den Organen von Rindern und Schweinen der weitaus häufigste Beanstandungsgrund war, sind 1962 nur noch in wenigen Fällen Organe wegen Tbc beanstandet worden.

Teile von Rindern

Bei den Schlachtrindern haben die Beanstandungen einzelner Organe von 1950 bis 1962 zugenommen, jedoch nicht in dem Maße wie die Schlachtungen.

Beanstandete Teile von Schlachtrindern

Jahr	Schlachtungen insgesamt	beanstandete				sämtliche Baucheingeweide
		Lungen	Lebern	Därme	sonst. einzelne Organe ¹	
in 1 000 Stück						
1950	89,1	21,0	11,0	2,3	4,3	1,7
1955	138,1	40,0	19,3	4,8	6,0	2,1
1960	216,4	26,7	16,0	3,0	6,4	2,1
1961	240,6	27,6	19,8	2,5	8,0	2,7
1962	262,4	36,5	29,5	3,2	10,5	3,3

1) einschl. Köpfe und Zungen

Weitaus am häufigsten beanstandet wurde von allen Organen die Lunge. Von 1 000 geschlachteten Rindern wurden 1950 bei 236, 1962 bei 139 Tieren die Lungen beanstandet. 1950 war Tbc häufigster Beanstandungsgrund, 1962 an erster Stelle verschiedene Krankheiten und Mängel², dann Lungenwürmer, Brucellose und Leberegel.

Sowohl 1950 als auch 1962 wurden Lebern in erster Linie wegen Befalls mit Leberegeln beanstandet. Die Tuberkulose folgt 1950 erst als zweitwichtigster Beanstandungsgrund, 1960 ist sie nur noch von untergeordneter Bedeutung. Wie die Zahl der Schlachtungen hat sich auch die Zahl der beanstandeten Lebern von 1950 bis 1962 nahezu verdreifacht. Die Beanstandungen von Köpfen, Zungen, Därmen, sonstigen einzelnen Organen und sämtlicher Baucheingeweide nahmen im gleichen Zeitraum weniger stark zu. Von 1 000 Schlachtrindern wurden 1962 1 Kopf, 1 Zunge, 12 Därme, 39 sonstige einzelne Organe und bei 13 Tieren sämtliche Baucheingeweide beanstandet. Auch hier hat die Tuberkulose als Beanstandungsgrund fast völlig an Bedeutung verloren.

2) sehr häufig: Vorhandensein von Mageninhalt in der Lunge infolge Futteraspiration

Teile von Kälbern

Wie bei den ganzen Tierkörpern stieg auch die Zahl der beanstandeten Körperteile trotz Rückganges der Kälberschlachtungen an. Der dadurch bedingte außerordentlich starke Anstieg der Anteilzahl kann nicht allein durch höhere Qualitätsansprüche und verschärfte Untersuchungen erklärt werden, sondern wird zum größten Teil eine Folge des bereits erwähnten Umstandes sein, daß zunehmend nur noch minderwertige Kälber geschlachtet werden.

Beanstandete Teile von Schlachtkälbern

Jahr	Schlachtungen insgesamt	beanstandete				
		Lungen	Lebern	Därme	sonst. einzelne Organe ¹	sämtliche Baucheingeweide
in 1 000 Stück						
1950	169,9	1,5	0,8	0,2	0,4	0,2
1955	115,8	2,6	1,4	0,6	0,8	1,1
1960	66,6	3,8	1,9	0,9	1,6	2,6
1961	56,5	3,4	1,7	0,7	1,2	2,3
1962	48,0	4,0	1,9	0,6	1,3	2,7

1) einschl. Köpfe und Zungen

Während beispielsweise 1950 von 1 000 geschlachteten Kälber nur 9 Lungen, 5 Lebern und in einem Fall sämtliche Baucheingeweide beanstandet wurden, waren es 1962 84 Lungen, 40 Lebern und in 56 Fällen sämtliche Baucheingeweide. Ähnlich sieht es bei den übrigen Organen aus. An erster Stelle der Beanstandungsgründe standen in allen Jahren "verschiedene Krankheiten und Mängel"³. Tuberkulose spielte 1950 nur bei Lungen, Lebern und "sämtlichen Baucheingeweiden", 1962 gar keine Rolle mehr als Beanstandungsgrund.

Teile von Schweinen

Auch bei den Schweinen stieg die Zahl der beanstandeten Körperteile stärker an als die Zahl der Schlachtungen, so daß 1962 von 1 000

Beanstandete Teile von Schlachtschweinen

Jahr	Schlachtungen insgesamt	beanstandete				
		Lungen	Lebern	Därme	sonst. einzelne Organe ¹	sämtliche Baucheingeweide
in 1 000 Stück						
1950	542,0	37,5	5,8	2,9	4,2	0,9
1955	865,2	115,8	8,2	4,6	10,4	1,8
1960	1 080,4	197,5	11,1	4,1	13,2	1,8
1961	1 285,5	339,2	22,1	7,8	27,8	3,5
1962	1 538,5	520,1	32,9	20,8	38,1	6,7

1) einschl. Köpfe und Zungen

3) beispielsweise: tierische Schmarotzer, Lungenseuche, Maul- und Klauenseuche, Entzündungen, Verunreinigungen

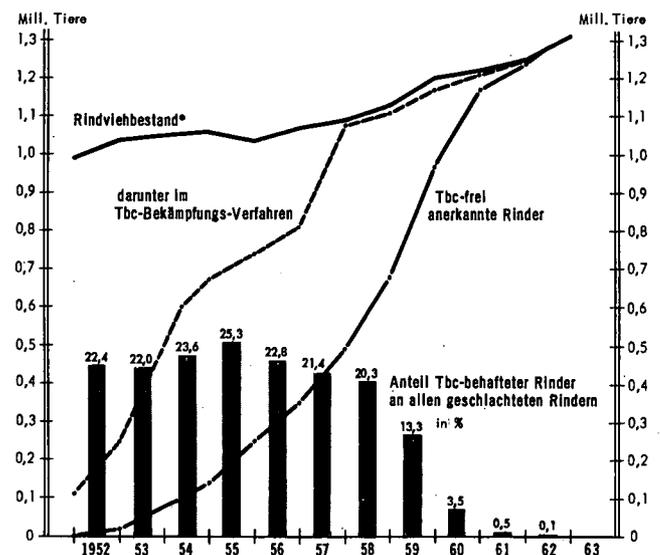
Schlachtschweinen wesentlich mehr Körperteile, insbesondere Lungen, beanstandet wurden als in früheren Jahren. Diese Zunahme ist jedoch nicht so ausgeprägt wie bei den Kälbern und zum Teil erst mit Inkrafttreten der neuen Verordnung in stärkerem Maße zu beobachten.

Weitaus am häufigsten von allen Körperteilen wurden auch bei Schweinen die Lungen beanstandet. Von 1 000 geschlachteten Schweinen wurden 1950 69 Lungen beanstandet, 1961 waren es 264 und 1962 schon 338. Zumeist waren es "verschiedene Erkrankungen und Mängel"⁴, danach Schweinepest und Ferkelgrippe, die zu Beanstandungen führten. 1950 war noch Tbc zweithäufigster Beanstandungsgrund. Weiterhin wurden 1962 von 1 000 Schlachtungen 21 Lebern, 14 Därme, 24 sonstige einzelne Organe und viermal sämtliche Baucheingeweide beanstandet, Köpfe und Zungen äußerst selten. Zumeist waren es "verschiedene Erkrankungen und Mängel"⁴, danach Schweinepest, Ferkelgrippe, Hülsenwürmer (bei Lebern), weniger Rotlauf, die 1962 zu Beanstandungen führten. 1950 stand die Tuberkulose auch bei Schweinen noch als Beanstandungsgrund einzelner Körperteile an erster Stelle, weniger die Schweinepest.

Bekämpfung der Rindertuberkulose

Die Bemühungen der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft in der Bekämpfung der Rindertuberkulose, die in den landwirtschaftlichen Betrieben trotz staatlicher Unterstützungen erhebliche Aufwendungen und Ertragsausfälle verursacht haben dürften, haben nach den

D - 3331 Tbc-Bekämpfung in Schleswig-Holstein Bild 5



*) Dezemberzählungen, einschl. Kälber

4) hauptsächlich: Vorhandensein von Brühwasser in den Lungen u. a. Verunreinigungen

Ergebnissen von 1962 vollen Erfolg gehabt. Wie Bild 5 zeigt, ist es gelungen, innerhalb von zehn Jahren die Rindertuberkulose fast ganz auszumerzen.

Schon im Jahre 1958 waren so gut wie sämtliche Rinder in Schleswig-Holstein dem Tbc-Bekämpfungsvorgang angeschlossen. Der Anteil Tbc-behafteter Rinder an den Gesamtschlachtungen ging von 25% im Jahre 1955 auf 0,1% im Jahre 1962 zurück. Diese Ergebnisse können auf die gesamte Rinderhaltung der Bundesrepublik übertragen werden, sie sind mit nur geringen Abweichungen in allen Bundesländern gleich.

Infolge des höheren Durchschnittsalters war bei den Kühen ein wesentlich höherer Anteil mit Tbc behaftet, als bei den übrigen Schlachtrindern.

Mit Beginn der Tbc-Bekämpfung stieg der Anteil der mit Tuberkulose behafteten Kühe zunächst stark an und erreichte 1955 mit 42% der geschlachteten Kühe seinen Höhepunkt. 1962 waren

nur noch 0,2% der in Schleswig-Holstein geschlachteten Kühe mit Tbc behaftet.

Beim übrigen Rindvieh dagegen hat zwar bis 1953 die absolute Zahl der Tbc-behafteten Schlachttiere leicht zugenommen; der Anteil an den Schlachtungen ging jedoch seit Beginn der Tuberkulose-Bekämpfung von 13% im Jahre 1952 auf 0,1% im Jahre 1962 stetig zurück.

Dieser Erfolg der Tbc-Bekämpfung bedeutet eine wesentliche Qualitätsverbesserung des inländischen Rindfleischangebotes. Trotzdem hat der Anteil beanstandeter Schlachttiere und Körperteile an den Gesamtschlachtungen eher zu- als abgenommen, wozu zumindest teilweise die neue Verordnung über die Untersuchung der Schlachttiere und des Fleisches beigetragen haben muß.

Dr. Matthias Sievers

Vergleiche auch: "Die Schlachtier- und Fleischbeschau 1959 und 1960" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 12 (Januar)

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, \bar{x} = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt

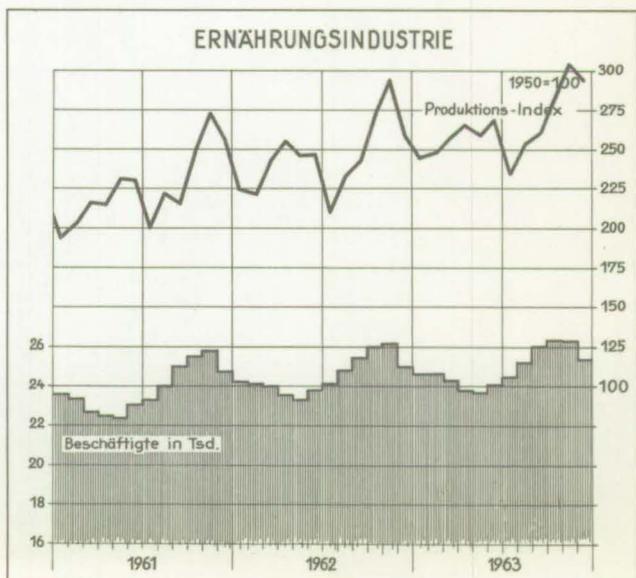
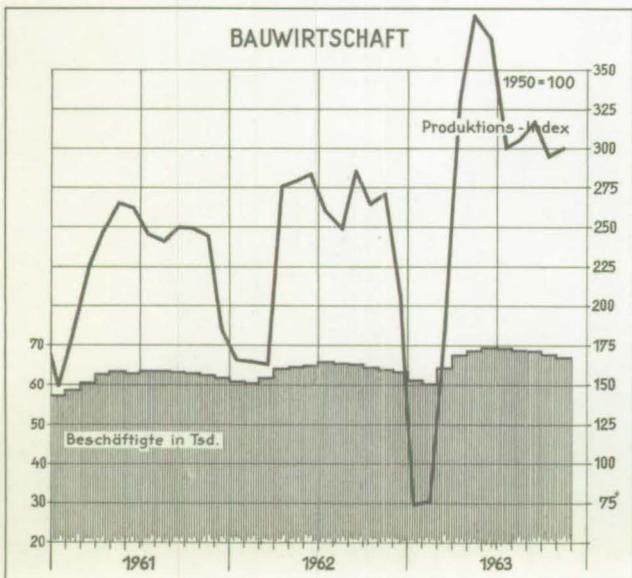
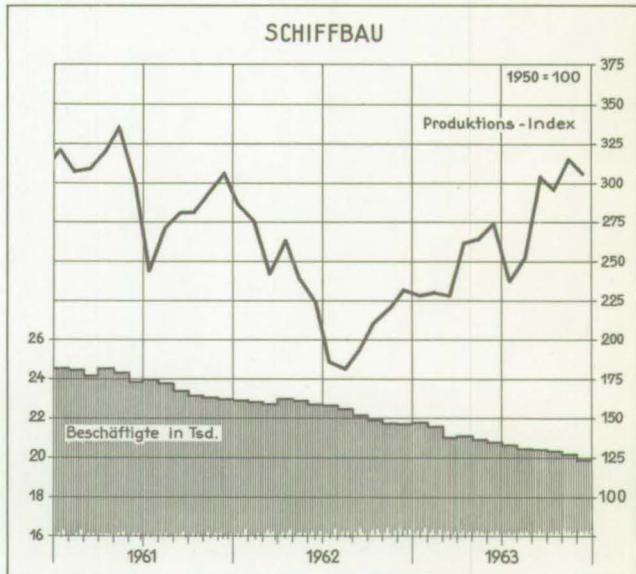
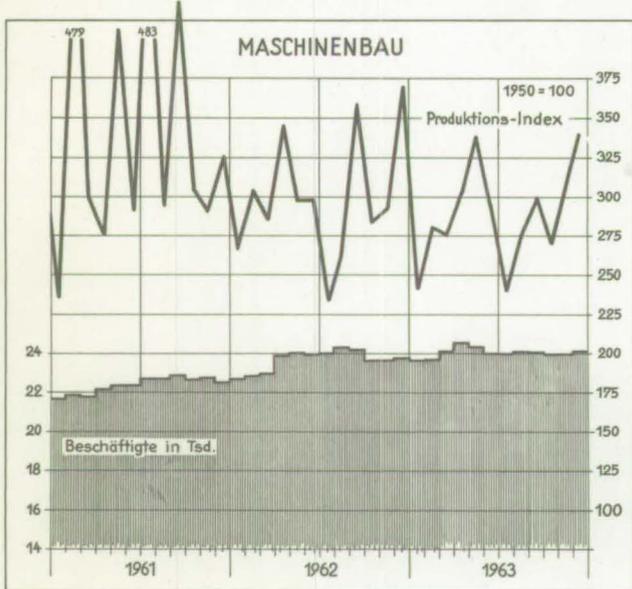
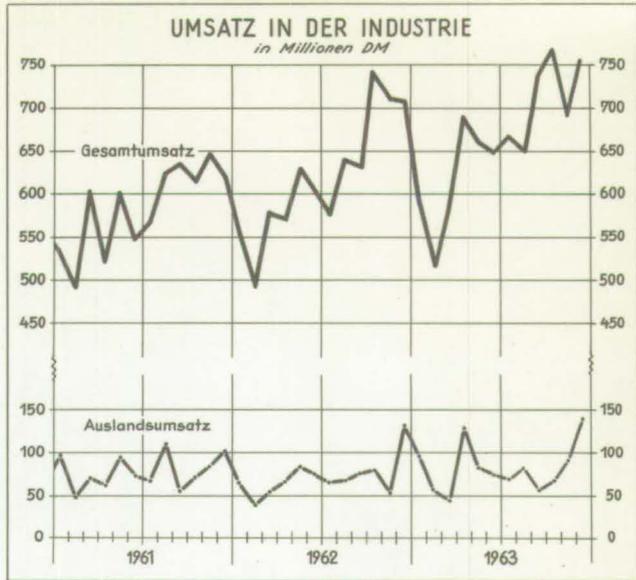
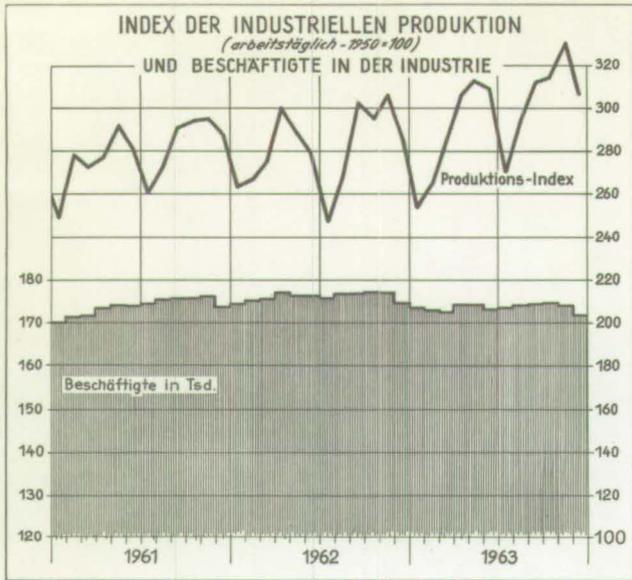
oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

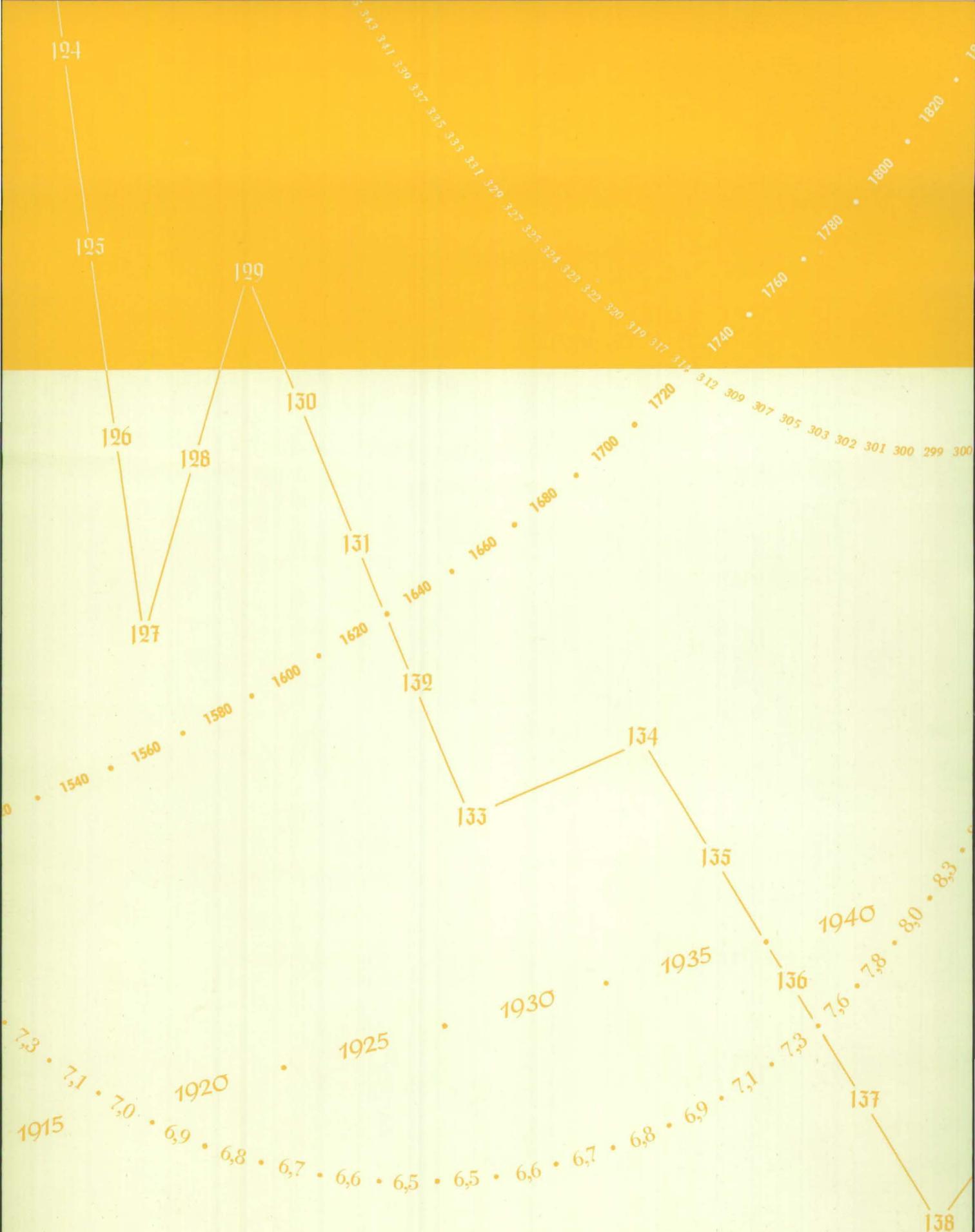
Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geborene und Gestorbene); Beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte; Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 3602
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Dipl.-Volksw. Lieselotte Korscheya
 Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis Einzelheft 2,50 DM, Vierteljahresbezug 7,- DM, Jahresbezug 20,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -